

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Bezugspreis:
 Vierteljährlich 4.50 Mk., monatlich 1.50 Mk.
 frei ins Haus, vorauszahlbar. Einzelne
 Nummern 10 Pfennig. Postbezug:
 Monatlich, vom Postamt abgeholt
 1.50 Mk., vom Briefträger ins Haus ge-
 bracht 1.64 Mk. Unter Kreuzband für
 Deutschland und Österreich-Ungarn
 3.— Mk., für das übrige Ausland
 4.50 Mk. monatlich. Versand ins Feld
 bei direkter Bestellung monatlich 1.80 Mk.
 Vorkosten nehmen an Däne-
 mark, Holland, Luxemburg, Schweden
 und die Schweiz. Eingetragen in die
 Post-Zeitungs-Verzeichnisse.
 Erscheint täglich.
 Telegramm-Adresse
 „Sozialdemokrat Berlin“.

Anzeigenpreis:
 Die Kleingeldspalten (Anzeigenblätter)
 30 Pfg. „Kleine Anzeigen“, das
 festgedruckte Wort 30 Pfg. (zählend
 2 festgedruckte Worte), jedes weitere
 Wort 15 Pfg. Stellenanzeigen und
 Stellenangelegenheiten das erste Wort
 20 Pfg., jedes weitere Wort 10 Pfg.
 Worte über 15 Buchstaben zählen für
 zwei Worte. Teuerungszuschlag 20%.
 Familien-Anzeigen, politische und
 gewerkschaftliche Anzeigen
 60 Pfg. die Zeile. Anzeigen für die
 nächste Nummer müssen bis 5 Uhr
 nachmittags im Hauptgeschäft Berlin
 S.W. 68, Lindenstraße 3, abgegeben
 werden. Öffnet von 8 Uhr früh bis
 7 Uhr abends.

Redaktion: S.W. 68, Lindenstraße 3. Freitag, den 5. Juli 1918. Expedition: S.W. 68, Lindenstraße 3.
 Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90—151 97. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90—151 97.

Die fünfte Lesung der Wahlrechtsvorlage.

Endgültige Annahme des Pluralwahlrechts.

Das preussische Dreiklassenhaus hat gestern die fünfte Lesung der Verfassungsvorlagen vorgenommen und in drei En-bloc-Abstimmungen seine Beschlüsse vierter Lesung bestätigt. Das Reden blieb dabei ausschließlich den Vertretern der äußersten Linken überlassen, weder die Väter des Kompromisses noch die bürgerlichen Anhänger des gleichen Wahlrechts hielten es für notwendig, ihren Standpunkt noch einmal darzulegen. Da auch Ströbel und Hue sich kurz fühlten, dauerte der ganze Akt nicht viel länger als eine Stunde. Auf der Rechten herrschte übermütige Siegesstimmung, die sich in wiederholten Heiterkeitsausbrüchen entlud, besonders zum Schluß, als sich von den Bänken der Linken der Ruf erhob: „Und die Regierung? Die Regierung schweigt!“

Die Herren am Regierungstisch werden sich selber darüber nicht täuschen, daß sie dem König eine Katastrophe bereiten haben. Die Erfahrungen, die seit dem 11. Juli vergangenen Jahres gemacht worden sind, bedeuten eine tiefe Erschütterung des monarchischen Bewußtseins in den Kreisen, in denen es noch vorhanden war. Durch die Verfassung vom 11. Juli sollte eine Brücke geschlagen werden zwischen Autokratie und Demokratie; wenn der Monarch selbst als erfolgreicher Förderer freier Willkür in die Schranken trat, mußten vorhandene Gegensätze abgeklüfft, alle Anhänglichkeiten neu belebt werden. An die Stelle dieses erstrebten Erfolgs ist ein enttäuschender Mißerfolg getreten.

Für Leute, die politisch noch wenig unterrichtet sind, bedeutet die Art, wie die Abgeordnetenhausmehrheit mit den Wünschen der Krone umsprang, den wirklichen Anschauungsunterricht. Der Monarchismus, der von ihnen als ein persönliches Treue- und Gehorsamsverhältnis aufgefaßt wurde, offenbart sich als bloßer Zeremonien- und Formelkram. Diefelben Leute, die sonst erklären, sie wollten eine starke Monarchie und kein bloßes Schattenkönigtum, haben nun selbst nach dem Grundgesetz gebandelt, daß man den König ehrt — und im übrigen tut, was man für richtig und sich selber nützlich hält.

Die schlimmste Wirkung für die Monarchie ist aber daraus entstanden, daß die Minister des Königs eine Haltung einnahmen, die echtes Vertrauen in die Festigkeit ihres Willens nicht aufkommen läßt. Daß das Abgeordnetenhaus nach dem, was es dem Volk, dem Land und, wenn man so sagen will, auch dem König angetan hat, mit nüchternen Geschäftlichkeit zu einer Debatte über den Kleiderhandel übergehen durfte, daß es ruhig weitertrat und nicht aufgelöst wird, das ist eine Ungeheuerlichkeit, an der die Schuld die Minister des Königs trifft, ist sehr schön auch diese selbst vielleicht auf „höhere Gewalt“ berufen mögen.

Da die Regierung unter dem Triumphgelächter der Rechten wort- und fallos blieb, geht der Entwurf jetzt an das Herrenhaus. Ob, wann, wie er an das Abgeordnetenhaus zurückgelangt, wissen die Götter. Das Abgeordnetenhaus hat gestern der Verlesung des Landtags vom 12. Juli bis zum 20. September zugestimmt. In der Zwischenzeit darf der Verfassungsauslaß des Herrenhauses togen. Ob er es tut, bleibt abzuwarten.

Sicher ist, daß im Herrenhaus eine Mehrheit für das gleiche Wahlrecht nicht besteht. Für die Herren von seiner Rechten ist ja jedes Parlament, selbst das auf dem alten Dreiklassenwahlrecht beruhende, eine Art jakobinischer Schrecken, und von ihrem Standpunkt aus mag der Unterschied zwischen den Kompromißbeschlüssen des Abgeordnetenhauses und dem gleichen Wahlrecht der Regierung in der Tat ganz unwesentlich sein. Es ist kennzeichnend für die Auffassung, die in einem großen Teil des Herrenhauses herrscht, daß kürzlich, als in einer Debatte vom Pluralwahlrecht gesprochen wurde, der Zwischenruf fiel: „Das wollen wir auch nicht!“ Möglich also, wenn auch nicht gerade wahrscheinlich ist es, daß das Herrenhaus aus solchen Gesichtspunkten eine Ausgleichung zwischen den Abgeordnetenhausbeschlüssen und der Regierungsvorlage suchen wird, um die reaktionären Sicherungsbestimmungen des Kompromisses in den Häfen zu bringen. Das wäre übrigens vielleicht das Schlimmste, was passieren könnte, das Volk würde dadurch zu einem Verzweiflungskampf geradezu herausgefordert.

Mag nun die Auflösung schließlich doch noch kommen oder nicht, die Abrechnung wird den Wahlrechtsfeinden von den konservativen Parteien, den Nationalliberalen und der Zentrumspartei zu keinem Fall erspart bleiben. Eine Radikalisierung der Massen, die, spätestens nach dem Kriege zu einer tiefgreifenden Umwälzung der staatlichen und gesellschaftlichen Verhältnisse führen wird, ist ohnehin nicht aufzuhalten, ein Hauptverdienst an ihr wird aber den Herren um Hendebrand, Rohmann und dem Grafen Spee zufallen. Die Politik dieser Herrschaften hat ja doch nur dann Hand und

Fuß, wenn sie mit Bewußtsein darauf ausgeht, die bestehenden Gegensätze auf die äußerste Spitze zu treiben. Mit solchen Absichten wird man rechnen und sich entsprechend verhalten müssen.

Damit ist zugleich gesagt, daß sich die Massen vor Unbesonnenheiten, auf die ihre Gegner spekulieren, hüten sollen. Das Spiel, das die Wahlrechtsfeinde jetzt in einer Zeit spielen, in der das Volk nur wenig Brot und keine Kartoffeln mehr hat, kann in seiner ganzen Gemeingefährlichkeit gar nicht geschildert werden. Und geradezu fassungslos steht man vor einer Regierungskunst, die in einer solchen Situation für das Volk nichts tut, nicht einmal ein paar — ach so billige — Worte der Berichtigung und Bernichtigung. Nichts kann dem Volk die Kraft geben, diese harte Zeit in Fassung und Selbstdisziplin zu überleben, als die feste Zuversicht, daß sein Tag kommen wird, daß der Gedanke des gleichen Rechts marschiert, sein Sieg trotz alledem gewiß bleibt.

Immerhin haben darf, sich die Arbeiterschaft in dieser Zeit nicht leisten, den Lösungen Unverantwortlicher darf sie nicht folgen, aber alles muß sie tun, um die Kraft zu sammeln, die sie in künftigen Entscheidungskämpfen unüberwindlich macht!

Die Sitzung.

166. Sitzung, Donnerstag, den 4. Juli 1918, mittags 12 Uhr.
 Am Ministerisch: Friedberg, Berg.
 Präsident Graf Schwerin-Löwis widmet dem verstorbenen Sultan Mehmed V. einen Nachruf und seinem Nachfolger Begrüßungsworte.

Die fünfte Lesung der Wahlrechtsvorlage.

Abg. Ströbel (l. Soz.):

Wie die Vorlage jetzt aussieht, ist sie ein Hohn auf das Versprechen der Krone und eine unverfrorene Kriegserklärung an das Volk und an die Demokratie. Nur der Siegerwahnsinn unserer Reaktion erklärt solche Beschlüsse. Man glaubt, die ganze Welt gleich Serbien, Rumänien und Rußland unter den preussischen Kommissariaten treten zu können und dem deutschen Proletariat auch im Innern den brutalsten Gewaltsfrieden diktieren zu können. Aber im Herbst wird der losbrechende Volkssturm doch die Auflösung erzwingen. Mit diesen Siderungen ist das gleiche Wahlrecht nicht einen Pfifferling wert und mit diesem Herrenhaus ist das Wahlrecht der größte politische Schwindel. Ohne innere Demokratisierung kommt Deutschland nicht zum Frieden. Das Herrenhaus und diese ganze Regierung des Kompromisses und der reaktionären Dilettanten muß im Ortus verschwinden, die ganze Reaktion mit dem Ultra-Reaktionär von Hertling an der Spitze, samt Herrn von Beyer, diesem Feigenblatt des Militarabsolutismus. (Beifall bei den l. Soz., Lachen bei der Mehrheit.)

Abg. Hue (Soz.):

Das Volk erwartet schnelle Entscheidung und unbergügliche Auflösung des Hauses. (Heiterkeit rechts.) Zwischen der vierten und fünften Lesung hat man versucht, sogenannte Arbeiterstimmen zu fabrizieren, um den Eindruck herbeizurufen, als ob eine neuntenwertige Zahl von Arbeitern und Angestellten sich mit dem Pluralwahlrecht abgefunden hätte. Ich warn vor dieser Täuschung. Diese Arbeiterstimmen sind nichts anderes als Forderungen der von den Unternehmern ausgehenden gelben Werkvereine. Die ganze übrige Arbeiter- und Angestelltenchaft fordert das gleiche Wahlrecht. Dieses aber bringt nicht einmal die Regierungsvorlage. Das Kompromiß, das Sie beschlossen haben, ist nach christlichen Arbeitergezeiten eine brutale Volksberhöhung.

Zum Hohn für das frühe Sterben wollen Sie die Arbeiter auch noch politisch entrechten. Die Feststellung der Selbständigkeitsstimme wird zu den größten Weiterungen Anlaß geben. Sie verlängern die Wohnstipendium auf zwei Jahre, obgleich ungeheure Massenwanderungen nach dem Kriege in der Industrie zu erwarten sind. Angesichts all dieser Rücksichten brauchen Sie sich nicht zu wundern, daß der furchtbare Gedanke immer tiefer sich in unser Volk röhrt: Wenn wirklich ein großer Sieg errungen wird, werden wir politisch entrechtet. Durch die hohnvolle Verschönerung der Wahlrechtsvorlage ist eine ungeheure Klutz in unserem Volke aufgerissen worden. Statt auf die Stimmung des Volkes Rücksicht zu nehmen, die sich immer mehr der Verzweiflung zuwendet, gehen Sie rücksichtslos über diese Stimmung hinweg und reden noch obenrein von Landesverrat, wenn Ausbrüche der Verzweiflung und Erbitterung laut werden. Der innere Feind bei uns, das sind die reaktionären Feinde des gleichen Wahlrechts. Bei der Herrenhausvorlage haben Sie über 80 Proz. unserer kleinen Landwirte von der Vertretung im Herrenhaus ausgeschlossen, den Kriegsgewinnlern und Wucherern aber machen Sie eine Zugabe von 1 bis 2 Stimmen. Den Kriegsteilnehmern haben Sie einen Zusatzverlust vererbt, gegen die Polen haben Sie das Ausnahmegericht der Verhältnismäßigkeit nur für die Ostmark gemacht. Die Volksausbeuter kommen in die oberste Klasse, der arme Arbeiter in die unterste. Er kann nicht mitreden wie die Kriegsgewinnler und Wucherer und die Heimkrieger, die das Raub aufreihen und den Krieg verlängern.

Sie belassen die Schuld des Volkes auf das Neueste. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Wer die Ernährungsschwierigkeiten kennt und sich darüber im Klaren ist, daß, wenn der rein militärische Gedanke liegen sollte, wir dann noch jahrelang Krieg haben werden, der kann sich die Stimmung im Volke denken. Selbst unter den katholischen Arbeitern gärt es schon. Die Sicherungsanträge, die von den gewiß guten Katholiken Herling und Spahn nicht für notwendig gehalten werden, sind nur ein Deckmantel für Ihren Haß gegen das Volkrecht. Die Arbeiter und Angestellten, auch die christlich-nationalen, wissen, was der Landtag für sie bedeutet, und sie erklären

das gleiche Wahlrecht muß kommen.

sonst werden sie es erzwingen. Es kann nicht so weiter gehen, daß Preußen als ein verheimes Ueberbleibsel aus dem Mittelalter dasteht. Es gibt härtere Mittel und Rösche als Bajonette. Es gibt Mittel in der Hand des Volkes, die diesem Gestalten, sein Naturrecht zu erzwingen. Hüten Sie sich in letzter Stunde, die Verhöhnung der Gefühle des Volkes zum äußersten zu treiben. Ich warne auch die Regierung, die Belastungsprobe noch weiter zu treiben. Lösen Sie auf, je rascher, desto besser. (Beif. Beifall b. d. Soz.)

Damit schließt die allgemeine Besprechung.
 Abg. Dr. Borck (Z.) beantragt, über jeden der drei Gesetzentwürfe im ganzen abzustimmen.

Die drei Gesetze werden gegen die Stimmen der Mehrheit des Zentrums, eines Teils der Nationalliberalen, der Fortschrittler, Polen, Sozialdemokraten und Dänen, ebenso in der Gesamt- abstimmung in der Fassung der vierten Lesung angenommen. (Beifall bei den l. Soz., Lachen links; Und die Regierung? Die Regierung schweigt! Lachen rechts.)

Darauf wird die tags zuvor abgebrochene Besprechung des Antrags Hrg (Z.) über die

Abgabe getragener Männerkleidung

fortgesetzt.

Abg. Leinert (Soz.):

Sie stellen sich schärend vor den gefüllten Kleiderkasten und die gefüllten Wäschebehälter der reichen Leute und das in einer Zeit, wo tausende, zehntausende von Kindern kein Hemd mehr auf dem Leibe haben, wo die Mütter keine Wäsche für ihre Säuglinge haben. (Beif. bei den Sozialdemokraten.) Arbeitsanzüge zu kaufen, ist den Arbeitern heute unmöglich, darum muß die Abfertigung erfolgen. Die Kritik der Vorredner an den Maßnahmen der Reichsbesoldungsstelle war zum großen Teil beweislos. — Notwendige Kriegsmahnahmen darf man nicht auf freiwillige Weise begründen, sondern müssen Zwangsmahnahmen sein. Die Reichsbesoldungsstelle hätte die erforderlichen Arbeitsanzüge zwangsweise von denjenigen einzugehen sollen, die zu viel Anzüge haben. Unmittelbar vor Einführung der Bezugsheine wurden

riesige Mengen Kleider und Stoffe gehamstert.

(Sehr wahr! bei den Soz.) Da mußte hineingegriffen werden. Das stärkste aber ist, daß hier ausgeführt wurde, mit der Hergabe alter Kleidungsstücke würde der Patriotismus bei den reichen Leuten verloren gehen und sie würden keine Kriegsanleihe mehr zeichnen. — Dabei verlangt die Reichsbesoldungsstelle nur die Hergabe aus dem Ueberflus. Es ist gar keine Rede davon, daß der zusammengebrochene Mittelstand herangezogen würde, sondern nur die mit Kleidung reich ausgestatteten sollen abliefern. Die Anzüge müssen unter allen Umständen beschafft werden, denn Arbeiter, die keine Bekleidung haben, können nicht arbeiten. Für einen großen Fehler halte ich, daß man denjenigen, die einen überflüssigen Anzug abgeliefert und daneben vielleicht noch eine ganze Anzahl überflüssiger Anzüge haben, von vornherein die Befreiung von der Bestandsaufnahme zugestanden hat. (Sehr richtig! bei den Soz.) Auf keinen Fall dürfen die Kleiderbesoldungsstellen mit der Umarbeitung und dem Verkauf der Kleider Geschäfte machen. Auch darf der freie Handel bei der Veräußerung der Kleidungsstücke nicht zugelassen werden. Im Laufe der vier Kriegsjahre hat sich ein gewaltiger Umschwung vollzogen. Jetzt war alles besetzt, und jetzt erregt man sich darüber, daß nur das Unbedeutendste verlangt wird. Jetzt hat man sogar die Abgabe von alten Kleidern in Verbindung gebracht mit der Rede des Staatssekretärs von Kühlmann. Sie (nach rechts) möchten ja am liebsten, daß auch der Staatssekretär von Kühlmann in einer Kleiderbesoldungsstelle abgefertigt wird. (Heiterkeit.) Der wahren Stimmung des Volkes wurde gestern im Reichstag Ausdruck verliehen. Würden wir so handeln wie die Amerikaner und die Anhänger der Vaterlandspartei, dann würde man uns als Vaterlandsverräter bezeichnen. (Sehr richtig! bei den Soz.) Sie aber rufen ruhig den Leuten, die erhebliche Kleidungsstücke haben, zu: Tauschen Sie, verschleiffen Sie Kleider. Ja, ist denn das etwas anderes als die Aufforderung an die Arbeiter, die Arbeit einzustellen, weil sie nichts mehr anzuziehen haben. Wir werden uns Ihre Reden merken. (Bravo bei den Soz.)

Abg. Wente (Op.): Wir erwarten, daß die Regierungen nach Gebühr herangezogen und die Unbedürftlichen geschont werden.

Abg. Krause-Waldenburg (Z.) fordert eine eindeutige Erklärung, ob die Reichsbesoldungsstellen bei ihren bisherigen Maßnahmen tatsächlich einen Zwang beabsichtigen.

Abg. Paul Hoffmann (l. Soz.) begründet weiter einen Antrag, nämlich diejenigen, die ein Einkommen von weniger als 7000 M. haben, von der Kleiderabgabe befreit sind.

Abg. Dr. Gottschalk (natl.): Nachdem der Vertreter der Reichsbesoldungsstelle erklärt hat, daß ein Abgabepflicht nicht besteht, halten wir es für richtig, den Antrag jetzt abzulehnen. Sollte jedoch

Der Abgabebestand eingeführt werden, dann sind wir damit einverstanden, daß die in dem Antrag gegebenen Anregungen befolgt werden.

Ein Vertreter der Reichsbeleidigungsstelle verspricht, den vorgebrachten Klagen nachzugehen. Bei der Prüfung zahlreicher in der Presse erwählter Fälle sei das Ergebnis negativ gewesen. Jedem ein Grund zum Mißtrauen gegen die Reichsbeleidigungsstelle liege nicht vor. Der von Geheimrat Deutzer in seinem Vortrag am letzten Montag in Berlin zum Ausdruck gebrachte

Optimismus bezüglich der Ersatzstoffe

wird noch durch den Optimismus der Kriegswirtschaftsleitung zu betreffen. Die Kriegswirtschaftsleitung hofft, in nicht allzu ferner Zeit Rohstoffe zur Verfügung stellen zu können, die den dringenden Bedarf der Bevölkerung für die weitere Dauer des Krieges und darüber hinaus decken und aus dem Auslande unabhängig machen werden.

Der Antrag wird zusammen mit dem Antrag Hoffmann angenommen.

Dem Verlagsantrag der Staatsregierung (vom 12. Juli bis zum 30. September) wird zugestimmt.

Ein Antrag Reimann (L.) auf Jurierung von Schulwaren an die kleinen Schuhmachermeister wird nach kurzer Besprechung einstimmig angenommen. Eine Anzahl Petitionen wird erledigt. Vorschläge des Geschäftsordnungs Ausschusses auf Verbeugung von Fremdwörtern der Geschäftssprache des Hauses werden angenommen, ebenso ein Antrag v. Heubrand (L.) und Genossen, der Erhebungen über die Verteilung des Besitzes in den Ostmarken verlangt.

Präsident Graf von Schwerin-Obirch erbittet und erhält die Ermächtigung, Zeit und Tagesordnung der ersten Sitzung nach der Vertagung festzustellen.

Schluß 5 1/2 Uhr.

Die Wahlen in Holland.

Amsterdam, 4. Juli. Dem „Allgemeinen Handelsblatt“ zufolge war das Wahlergebnis der Wahlen zur Zweiten Kammer am 12. Juli mittags wie folgt: Liberale Unionisten 6, Freiliberaler 4, Christlich-Historische 7, Antirevolutionäre 13, Katholiken 30, Christliche Demokraten 5, Sozialdemokratische Arbeiterpartei 22, Sozialdemokratische Partei 2, Sozialistische Partei 1, Wirtschaftlicher Bund 3, Mittelstandspartei 1, Neutrale Partei 1, Christlich-sozialer Partei 1, Mittelstand rechts und links 1, Verband demokratischer Wehrmacht (vieleicht) 1, Bund christlicher Sozialisten 1, Christliche Demokraten 1. Zusammen 100 Sitze.

Zum ersten Male wählt Holland seine Vertreter zur Zweiten Kammer nach dem allgemeinen und gleichen Wahlrecht, das für jedermann gilt, der das 23. Lebensjahr vollendet hat. Die Wahlen werden nach dem Verhältnisystem mit Listenverfahren vollzogen. Das Land ist in 18 Wahlkreise eingeteilt und in jedem Wahlkreise darf jede Wählergruppe, die mindestens 25 Köpfe zählt, eine Liste von höchstens zehn Bewerbern einreichen. Dies hat zunächst die Folge gehabt, daß die Zahl der Parteien erheblich emporgeschnitten ist. Bisher gab es deren sieben und jetzt zählt man mehr als ein Viertelhundert, glaubt aber, daß diese Erscheinung vorübergehen werde. Das Wahlrecht verhindert durch Bestimmungen über das Mindestmaß an Stimmen, daß die winzigen Parteibündnisse zur Vertretung gelangen können. Aber das Recht, Listen aufzustellen, ist, wie gesagt, nur geringfügig beschränkt.

Aus Berichten über die Wahlbewegung erhellt, daß nicht alle Parteien in sämtlichen Wahlkreisen vertreten waren; im Durchschnitt aber stellten doch reichlich 10 Parteien in jedem Kreise Listen auf. Jede Partei ist befugt, in jedem der 18 Kreise eine besondere Liste aufzustellen; von diesem Recht hat jedoch keine Gebrauch gemacht.

Die Kammer zählt hundert Sitze. Die Sozialdemokratische Arbeiterpartei, die bisher 15 Sitze inne hatte, hat die 22 Sitze erlangt, die sie als Mindestziffer erwartete. Daß sie Gelegenheit finden oder in die Kammer eintritt, ist in die Regierung einzutreten, läßt sich nach dem Wahlergebnis nicht behaupten. Die Partei hat für den Fall der Beteiligung die Bestimmung getroffen, daß eine Beteiligung an einer bürgerlichen Regierung voraussetzt, daß diese bereit ist, eine Reihe Punkte des sozialdemokratischen Programms zu übernehmen.

Ueber das Wahlergebnis liegen noch folgende Meldungen vor:

Amsterdam, 4. Juli. (W. L. B.) Die Wahlen haben nicht das von ihnen erwartete Ergebnis einer konservativ-kerikalen Mehrheit gehabt. Die katholische Partei ist zwar von 25 auf 30 Sitze in der Kammer gekommen, die Antirevolutionären von 11 auf 13. Rechnet man jedoch die drei konservativ-kerikalen Parteien, die Katholiken, die Antirevolutionären und die Christlich-historische Partei zusammen, so erhält sie nicht mehr als 60 Sitze. Eine entscheidende Niederlage bedeutet das Wahlergebnis für die beiden liberalen Parteien, die die Hauptstütze des Ministeriums Gort van der Linden waren. Die liberalen Unionisten und die Freiliberalen hatten zusammen 31 Sitze. Jetzt verfügen sie nur über 10. Die sozialdemokratische Arbeiterpartei wird 7 Abgeordnete mehr in die neue Kammer schicken, im ganzen 22. Die sozialdemokratische Partei und die sozialistische Partei, die bisher nicht in der Kammer vertreten waren, haben die erstere zwei, die letztere einen Sitz erhalten. Acht Abgeordnete werden jeder eine besondere Partei, das heißt eine Interessengruppe, vertreten. Vorläufig setzen sich also die Parteien der Linken und der Rechten gleich stark gegenüber.

Amsterdam, 4. Juli. Das „Handelsblatt“ meldet, daß das Ministerium der Königin heute sein Entlassungsgesuch überreicht hat.

Amsterdam, 4. Juli. Bei den gestrigen Wahlen für die Zweite Kammer wurde zum ersten Male in Holland auch ein weiblicher Abgeordneter, Frau Groeneweg (Sozialdemokratische Arbeiterpartei), gewählt.

Tod des Sultans.

Wien, 4. Juli. Nach einer hier aus Konstantinopel eingegangenen Meldung ist der Sultan gestern um 7 Uhr abends verstorben.

Sultan Mehmed V. kam durch die jungtürkische Revolution von 1909 auf den osmanischen Thron. Seinen Bruder Abdul Hamid hatte sie gestürzt. War dieser ein starrer, fanatischer Absolutist, so war Mehmed V. das gerade Gegenteil. Die Nachrufe, die ihm gewidmet werden, wagen nicht zu behaupten, daß seine Art die einer politischen Persönlichkeit gewesen sei, und man liest die Ansicht, daß eben diese Art für die Anfangszeit der Türkei als konstitutioneller Staat sich als vorteilhaft erwiesen habe. Mehmed V. ist mit hohen soldatischen Rangtiteln versehen gestorben, als „el Ghazi“, d. h. der Siegreiche, und auch als preussischer Feldmarschall, aber er war keine soldatische Natur. Gleichwohl hat das Schicksal ihm das Los geworfen, daß seine noch nicht zehn Jahre füllende Regierungzeit mit schwersten Kriegen beladen verstrich. Er

Kämpfe beiderseits der Somme — Französische Angriffe nördlich der Aisne und westlich Chateau-Thierry — Deutsche Unternehmung im Sundgau — Kämpfe im Mündungsgebiet der Piave.

Berlin, 4. Juli 1918, abends. Amtlich.

Beiderseits der Somme wurden starke englische Teilangriffe in unserem Kampfgebiet zum Scheitern gebracht.

Amtlich. Großes Hauptquartier, 4. Juli 1918. (W. L. B.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Seereschutzgruppe Kronprinz Rupprecht.

Die Geschützaktivität lebte am Abend in einzelnen Abschnitten auf.

Seit frühem Morgen starkes Feuer des Feindes beiderseits der Somme. Hier haben sich Infanteriekämpfe entwickelt.

Seereschutzgruppe Deutscher Kronprinz.

Hestige Teilangriffe der Franzosen nördlich der Aisne. Ostlich von Moulins-Louvent wurde der Feind im Gegenstoß in unseren vorderen Kampflinien abgewiesen. Im übrigen brachen seine Angriffe vor unseren Hindernissen zusammen. Erneute Versuche des Gegners westlich von Chateau-Thierry scheiterten.

Seereschutzgruppen Gallwitz und Herzog Albrecht.

Ein stärkerer Vorstoß des Feindes auf dem östlichen Wascher wurde abgewiesen. Im Sundgau machten wir bei erfolgreicher Unternehmung Gefangene.

Leutnant Ubel errang seinen 40., Leutnant Rumej seinen 29. und 30. Luftsturz.

Der Erste Generalquartiermeister, Lubendorf.

Der österreichische Bericht.

Wien, 4. Juli 1918. Amtlich wird verlautbart:

Der Geschützkampf ist an zahlreichen Abschnitten der Südwachfront außerordentlich reger. Bei Asiago und auf dem Monte Sisonoi scheiterten englische Stoßtruppunternehmungen. Im Mündungsgebiet der Piave dauern die Kämpfe an. Der Chef des Generalstabes.

wurde zum Sultan der Epoche der imperialistischen Welterschütterung, der zwar die Zertrümmerung der europäischen Türkei gelang, nicht aber die von der Entente angeforderte Austellung des asiatischen Gebietes des Osmanenreiches. Der Anstoß an die europäischen Mittelmächte half bisher dieses Ziel im Wesentlichen hindern. Da seit 300 Jahren immer dem ältesten osmanischen Prinzen die Thronfolge zusteht, wird jetzt Mehmeds jüngster Bruder, Bahid eddin, der 1861 geboren ist, Sultan und Kalif.

Der niederländische Geleitzug nach Indien.

Haag, 4. Juli. (Korrespondenzbureau.) Der Convoy nach Indien hat auf Befehl der Regierung noch nicht die Ausreise angetreten.

Nach weiteren Berichten waren die Schiffe des Geleitzuges bis auf eins bereits ausgelaufen. Sie wurden angehalten und zurückgerufen.

Wie das Haag-Korrespondenzbureau erzählt, ist die Ausreise des Convoyes vorläufig wieder aufgeschoben worden, da in erster Stunde sich neue Schwierigkeiten ergeben haben, über die jetzt Besprechungen geführt werden.

Die Gegenrevolution in Nordrußland.

Kopenhagen, 4. Juli. „Berlingske Tidende“ meldet aus Kristiania: Der Bolschewikergesandte Welser in Kristiania reiste letzten Montag über Bardö nach Rußland ab. Bei Kirkerke wurde der Dampfer, auf dem er sich befand, von einem englischen Torpedojäger angehalten. Welser und drei andere Russen wurden auf den Torpedojäger gebracht, der sie in Pischanga ans Land setzte, wo sie interniert wurden. Welser befand sich auf dem Wege nach Moskau, um sich mit Lenin zu beraten.

Washington, 4. Juli. (Reuter.) Der jetzt in Wologda befindliche Bolschewik der Vereinigten Staaten, Francis, meldet dem Staatsdepartement, daß die Bolschewiki die Mitglieder der Archangelschen provinzialen Regierung verhaftet haben. Auch die Duma in Wologda wurde mit der Festnahme bedroht.

Stockholm, 8. Juli. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts“.) Aus Gelsingfors meldet „Arbonda“, daß die finnische Offensive gegen Ostkarelen und die Murmanbahn unmittelbar bevorstehe. Die unklare Lage Rußlands läßt es ungewiß, gegen wen sich die Offensive direkt richtet. Im nördlichen Ladoga-Östseegebiet ist eine selbständige Republik proklamiert worden. Auch steht ein Teil der ostkarelenischen Bevölkerung im Kampf gegen von Russen unterstützte finnische Bolschewiken, während nördlich Franzosen, Engländer und Serben stehen.

Jekutsch und Wladiwostok.

Das Berliner Bureau der Petrograder Telegraphen-Agentur teilt mit: Die aus Pariser Quelle stammende Nachricht, Jekutsch sei von den Tscheko-Slowaken besetzt, nachher aber wieder von deutschen Kriegsgefangenen zurückerobert worden, ist eine reine Erfindung. Jekutsch befindet sich in den Händen der Sowjets und steht in direkter Verbindung mit Wladiwostok. Die Reuter-Meldung, der Sowjet in Wladiwostok sei von den Tscheko-Slowaken aufgelöst worden, kann ebenfalls als eine Falschmeldung bezeichnet werden, denn die P. A. T. in Moskau hat noch am 1. Juli Nachrichten aus Wladiwostok vom Sowjet erhalten, die die Lage des Jekutscher und Wladiwostoker Sowjets als eine sehr stabile bezeichnet.

Bolfs Bureau teilt mit:

Das ukrainische Pressebureau in Lausanne hat am 1. Juli eine Meldung aus Kiew gebracht, daß japanische Truppen unter General Kato zur Unterstützung der Tscheko-Slowaken in Wladiwostok gelandet seien, sowie daß Großfürst Michael Alexandrowitsch zum Zaren ernannt sei und gegen Moskau marschiere. Wie wir von zuständiger Stelle hören, ist diese Meldung von Anfang bis zu Ende reine Erfindung.

Das Endergebnis der Neuwahlen des Petersburger Sowjets.

Das Berliner P. A. T. Bureau teilt mit:

Von 544 neu gewählten Deputierten sind 436 Bolschewiki, 51 linke Sozialrevolutionäre und die übrigen 57 Deputierten bestehen aus Menschewiki und rechten Sozialrevolutionären. Einen besseren Beweis für die Unrichtigkeit der Behauptungen der Menschewiki und rechten Sozialrevolutionäre, die Bolschewiki verließen immer breitere Massen der Petersburger Arbeiter, kann man sich kaum wünschen. In der Zeit vom Februar bis zum August 1917 waren die Arbeiter in ihrer Mehrheit nicht bolschewistisch, aber bereits Anfang September 1917 hatten die Bolschewiki die überwiegende Mehrheit der Petersburger Arbeiter hinter sich und diese letzten Wahlen beweisen gerade, daß die Menschewiki und rechten Sozialrevolutionäre ihren Einfluß noch mehr eingebüßt haben.

Liberales Lob der Zensur.

Georg Vernhard gegen Scheidemann.

Daß die ganze alldeutsch-konservative Presse über die Rede Scheidemanns vom Mittwoch aus dem Häuschen geraten ist, nimmt weiter nicht Wunder, wir verlieren kein Wort darüber. Einen Reiz eigener Art aber hat es, inmitten dieses Reizens den betriebsamen Direktor des Ullstein-Verlags, Georg Vernhard, aufstehen zu sehen. Herr Vernhard hat mit angeborenem Feingefühl für bestehende Nachverhältnisse längst bei jenen Stellen Anknüpfung gesucht, bei denen unter den gegebenen Umständen die beste Redung zu finden ist, und man höre, wie er jetzt in der „Voss. Zig.“ seine Herren gegen die parlamentarische Kritik in Schutz nimmt:

Daß in einem Kriege die Freiheit der Meinungsäußerung außerhalb des Parlamentes nicht die gleiche sein kann wie im Frieden, ist ganz selbstverständlich. Und unter dem Druck der Zensur und den Willkürlichkeiten, die dadurch selbstverständlich hervorgerufen werden müssen, leidet natürlich auch in Deutschland die Presse. Aber erhebt sich denn nicht dieselbe Frage gegen den Druck der Zensur in allen kriegführenden Ländern? Sind die Zustände in dem als besonders demokratisch angestauten Nordamerika anders als in der plutokratischen französischen Republik oder im sogenannten Militärstaat Deutschland? Die Ausführungen des Abg. Scheidemann mußten in der Öffentlichkeit den Eindruck erwecken, als ob innerhalb des Rahmens, der im Kriege naturgemäß besteht, die deutsche Presse überhaupt keinerlei Meinung zum Ausdruck bringen dürfe. Dagegen müßten wir im Interesse des Ansehens der deutschen Presse denn doch endlich einmal entschiedenen Widerspruch erheben. Besonders aber scheint es uns angebracht, gegen den Sach in der Scheidemannschen Rede Protest geltend zu machen, daß nach Schluß des Reichstages es der deutschen Presse fürchterlich gehen werde. Die Reichstagsabgeordneten mögen doch endlich einmal aufhören, die deutsche Presse zu demütigen.

Ein sozusagen liberaler Journalist, der das Parlament bittet, sich nicht um die Freiheit der Presse zu sorgen, und der einem Abgeordneten in die Baden fährt, weil er sich der Pressefreiheit annimmt, verdient einen Platz im deutschen Kriegsmuseum. Der Fall zeigt, was die große Zeit aus kleinen Menschen machen kann. Ueber Vernhard, den „Politiker“, haben wir an dieser Stelle nie etwas gesagt, weil uns Neigung zu Höflichkeit und Abneigung vor überflüssigen Strafen daran gehindert hat. An Vernhard, dem Kämpfer für die „Würde der Presse“, können wir nicht vorübergehen. Der Würde der Presse wäre entschieden besser gedient, wenn sich Herr Georg Vernhard nicht so breit vor sie hingestellt!

Bundesratsarbeit. In der gestrigen Sitzung des Bundesrats wurden angenommen: 1. der Entwurf eines Gesetzes gegen Unschicklichkeit und Schwangerschaftsunterbrechung, 2. der Entwurf einer Verordnung der Bestimmungen über die Bereitstellung von Arzneimitteln für die Entschädigung der infolge Kohlenmangels sterbenden Arbeiter und Arbeiterinnen kriegswichtiger Betriebe der Nahrung- und Ernährungsindustrie, 3. der Entwurf einer Verordnung betr. Ergänzung der Ziffer VII 16^a der zu dem Gesetz über die Kriegseinstellungen erlassenen Ausführungsbestimmungen vom 1. 4. 1876 und 4. der Entwurf einer Verordnung betr. Abänderung des § 9 des Gesetzes über die Kriegseinstellungen vom 13. 6. 1878.

Letzte Nachrichten.

Der Polenklub und Dr. Seidler.

Wien, 4. Juli. Wie die Blätter melden, wurde der Obmann des Polenklubs Dr. Tertel gestern von dem Ministerpräsidenten v. Seidler zu einer Besprechung eingeladen, die der Klärung über die Frage der Zweiteilung Galiziens gelten sollte. Tertel lehnte jedoch die Einladung ab. Wie es heißt, hat die parlamentarische Kommission des Polenklubs in einer gestern nachmittags abgehaltenen Sitzung die Haltung des Obmannes gebilligt.

Die englischen Gewerkschaften zur Friedensfrage.

London, 4. Juli. (Reuter.) Der Volksgesundheitsrat des allgemeinen Gewerkschaftsbundes spricht in dem Bericht, der der heute eröffneten Jahreskonferenz in Leicester vorgelegt wird, über den Beschlag der Bestrebungen, eine Arbeiterkonferenz der kriegsführenden Länder herbeizuführen. Der Vorstand des Verbandes ist in seiner Haltung durch die Haltung des amerikanischen Arbeiterverbandes und der ganzen amerikanischen Nation bestärkt worden. Der Bericht fährt fort: Die Forderung der Arbeiter, auf jeder Friedenskonferenz vertreten zu sein, ist gerechtfertigt. Aber nur die Nationen, nicht die Parteien sind berechtigt, Friedensbedingungen vorzuschlagen. Deswegen ist es für jede Arbeiterpartei unmöglich, ihrerseits Friedensbedingungen zu bestimmen. Eine Arbeiterkonferenz zur Besprechung der Friedensbedingungen ist sowohl würdelos wie vergeblich, solange Belgien und Serbien, Rumänien und Rußland unter deutschem Druck stehen und Provinzen Frankreichs und Italiens in deutschen Händen sind.

Um den Völkerbund.

London, 4. Juli. (Reuter.) „Daily News“ schreiben: Der Abgeordnete Mr. Curdie hat in einem Gespräch mitgeteilt, daß eine Gesellschaft zur Vorbereitung eines Völkerbundes in den letzten Tagen in England gegründet worden ist. Zu den Gründern gehören H. B. Wells, J. A. Spender, der Abgeordnete S. Thomas, Sir Mark Saks, Professor Gilbert Murray, der Abgeordnete Major David Davies und Mr. Curdie. Die Gesellschaft knüpft Verbindungen mit Vertretern des Auslandes an. Albert Thomas ist Vizepräsident. Die Frage wird mit den ausländischen Delegierten, die jetzt an der internationalen Konferenz in Westminster teilnehmen, erörtert.

Groß-Berlin

Warnung.

Hauptzeugen im Prozeß Kühmann, Deutsche Zeitung sind drei Chauffeurs, die Herrn v. Kühmann in Kufarest gefahren haben.

So mancher Mann und manche Maid
Ring sich an fünd'ger Fleischnuß Angel.
Nur absoluter Zeugenmangel
Ersetzt hier die Enthaltensamkeit.

Man lebt zwar auch in Schrimm und Bomsf
Längst nicht im Stand des Paradieses,
Doch die Moral entschuldigt dieses,
Weil du es nicht zu sehn bekommst.

Den Kragen hoch, Gut überm Ohr,
Lief eingezogen seinen Nischel,
So schleicht der Rat von Reutomischel
Zum Sündenpfehl — Er sieht sich vor,

Lor aber, wenn du schamlos dreist
Im Auto fährst, da die Chauffeure
Dann Zeugen sind, und im Verhöre
Man leicht dein dunkles Tun beweist.

Lor auch, nimmst du dich nicht in acht
Vor dreister Zimmerfeiner Hörschen
Und vor der Jungfrau, die in Schlorrchen
Des morgens früh die Betten macht.

Als Zeugen stehn sie da im Ru:
Der roch, der fühl', der hört', der sah,
Und sind erst mal die Zeugen da,
Ein Lohan find' sich stets dazu!

Ernst Raubi.

Nur noch ein Pfund Kartoffeln!

Wie die Kartoffelstelle des Berliner Magistrats mitteilt, steht sie sich veranlagt, die Kartoffelration für die nächste Woche von drei auf ein Pfund herabzusetzen. Als Ersatz für die ausfallenden zwei Pfund soll es 200 Gramm Hülsenfrüchte (Erbsen oder Bohnen) geben.

Als am vorigen Sonnabend die Nachricht kam, die wöchentliche Kartoffelration müsse von 7 auf 3 Pfund herabgesetzt werden, sprach das Kriegsernährungsamt die Hoffnung aus, daß nach 10 bis 14 Tagen die Kartoffelversorgung sich wieder bessern werde, und der Magistrat Berlin widersprach dem nicht. Es scheint also, daß die „mahgebenden Stellen“ damals noch nicht wußten, zu welchem Schritt sie sich bereits fünf Tage später „veranlagt“ sehen würden. Wir aber wissen nicht, was uns mehr imponiert: die Hoffnungslosigkeit des Kriegsernährungsamts oder die Voraussicht des Berliner Magistrats.

Berliner Lebensmittel.

Der Magistrat Berlin gibt bekannt, daß auf die Abschnitte Nr. 43 und 45 der allgemeinen Lebensmittelkarte der Stadt Berlin je 200 Gramm Graupen, auf Abschnitt 44 derselben Karte 100 Gramm lose Suppen oder zwei Suppentafeln sowie auf Abschnitt 15 und 16 der Lebensmittelkarte für Jugendliche 250 Gramm Graupen entfallen. Die Abschnitte sind in der Zeit vom 5. bis einschl. 7. Juli in den durch besondere Verkaufsbilder gekennzeichneten Kleinhandels-geschäften gegen Empfangsbekundigung abzugeben. Die von dem Magistrat in der nächsten Zeit auszuführenden Nahrungsmittel (nicht Brotbackmittel) sind bei dem Händler zu beziehen, bei dem die Anmeldeabschnitte 43 bis 45 abgegeben sind. Der Kleinhändler hat bei Abnahme dieser Anmeldeabschnitte das Mittelstück der Lebensmittelkarte mit seiner Firma zu versehen.

Gände weg von den Waldseeufern!

Die Verhandlung des kleinen Rüggelees durch eine Werksanfrage, die dort auf einem von der Stadt Köpenick zum Verkauf gestellten Gelände errichtet werden sollte, ist bis auf weiteres vertagt worden. Das hat den Mieterbund Groß-Berlin nicht ge- hindert, eine Protestversammlung zu veranstalten, um auf die von den Waldseeufern Groß-Berlins allgemein drohende Gefahr der sogenannten baulichen Erschließung aufmerksam zu machen und alle Bevölkerungsteile zur Abwehr solcher die Volksgesundheit schädigenden Pläne aufzurufen. In der Versammlung beteiligten sich Vertreter von Organisationen für Wohnungsreform, für Siedlungswesen, für Heimatschutz, für Wanderungen usw., von Organisationen der Arbeiter, der Ange- kletterten, der Beamten, der Lehrerschaft usw. Der erste Vortragende Oberverwaltungsgerichtsrat Verstrand nannte die Verschandelung der Waldseeufer einen Frevel an der Natur und Menschheit. Welche Reize man am kleinen Rüggelees zerklüften wollte, zeigte Schriftsteller Bolle an Wandbildern der Seeufer. Direktor Kuc- zynski vom Schöneberger Statistischen Amt, Vertreter des An- siedlungsvereins Groß-Berlin, forderte zur Bewahrung der Gesund- heit des Volkes und unseres Nachwuchses ein Gesetz, das die nach nicht in Privatbesitz getretenen Waldseeufer für die Gesamtheit sichert. Die Bedeutung der Groß-Berliner Waldungen für die Naturkenntnis, für Schulunterricht und Erziehung wurde vom Reichsanwaltsdirektor Wetzamp dargelegt. Im Auftrage der Berliner Gewerkschaftskommission erklärte Genosse Kitter die volle Zustimmung zu dem Protest gegen die Waldverschandelungspläne, deren zum Schutze der Volksgesundheit gebotene Abwehr auch dadurch erleichtert werden könnte, daß der Staat die in der Kriegszeit notwendig gewordenen und nach neuen Sinnabgründen suchenden Gemeinden mit Geldbeiträgen unterstütze. Auf Köpenicks Wäldern, deren Rettung man jetzt von einem Anlauf durch den Zweckerbund erwartet, habe dieser schon vor mehreren Jahren sein Augenmerk gerichtet, doch sei die Preisforderung zu hoch gewesen. In der an die Vorträge sich anschließenden Erörterung sprachen noch viele Redner, meist Ver- treter von Organisationen. Für den Bürgerausschuß Groß- Berlin erklärte sein Geschäftsführer Rod, daß es sich bei dem Waldverschandelungsplan um ein Groß-Berliner Gemeinwohlinteresse handele, dessen Gefährdung wieder nur eine Folge der kommunalen Zersplittertheit sei. Reichstagsabgeordneter Genosse Wissel unter- strich die Forderung, daß der Staat den durch die Ausgaben für Kriegswohnfahrtspläne in Verbindung geratenden Gemeinden auf- helfen müsse. Oberverwaltungsgerichtsrat Verstrand wies noch darauf hin, daß die Stadt Köpenick ihre Wälder durch Ver- bauungspläne sozusagen „als Bauland fristieren“ wolle, um dann Baulandpreise fordern zu können. Einstimmig wurde eine Entschließung angenommen. Sie ersucht die Staats- regierung, durch Gesetz die Verwendung der Groß-Berliner Wald- seeufer, soweit sie noch nicht in Privatbesitz sind, zu verbieten; ferner den Verzichtsausschuß, der Stadt Köpenick auch künftig jeden Waldverkauf zwischen Rüggelees und Dahme sowie zwischen Rügge-

lee und Köpenick zu verbieten; weiter den Zweckerbund, dafür ein- zutreten, daß bis 2000 Meter vom Rüggeleesee durch Bauor- dnungen und Bebauungspläne die Errichtung industrieller Anlagen jeder Art ausgeschlossen und die Erweiterung schon bestehender ver- bindet wird. In der Versammlung war nicht vertreten der Zweckerbund, der nur durch einen Entschuldigungsbrief seines Direktors ein Lebenszeichen gab.

Die Grippe

hat weiter zugenommen. Man rechnet damit, daß heute in Groß- Berlin allein an 80 000 Kinder erkrankt sind. Die Zahl der er- krankten Erwachsenen ist nicht geringer. Die Anmeldungen bei den Krankenläsien waren gestern erheblich größer als in den vorigen Wochen. Bei den 28 Ortskrankenläsien und den übrigen 200 Ver- triebskrankenläsien usw. war die Zahl der Krankenanmeldungen so groß, daß mit Sicherheit eine Gesamtzahl von rund 20 000 heraus- kommt, wovon indes die Krankenabmeldungen abgezogen werden müssen. Die Ärzte, besonders die Kasernenärzte, hatten in den letzten Tagen ununterbrochen Rat zu erteilen. Wir sind im allgemeinen der Ansicht, daß die Epidemie bald ihren Höhepunkt überschritten haben dürfte. Todesfälle sollen angeblich noch nicht zur amtlichen Meldung gekommen sein. In den meisten Fällen nimmt die Grippe einen gutartigen Verlauf und ist nach fünf Tagen der Fieberzustand verstanden. In irgend welcher Verunreinigung liegt bei jetzt keine Veranlassung vor. Mit der Besserung des Wetters, dem Eintreffen von schöner, trockener Bitterung wird auch zweifellos die Influenza zurückgehen.

Für Kriegerfrauen keine Wohnung.

Unter dieser Überschrift brachten wir am 28. Juni eine Notiz, welche die Ergebnisse von zwei Kriegerfrauen schildert, die im Hause des Herrn Reich, Müllerstr. 141, eine Wohnung suchten, von Herrn Reich aber abgewiesen wurden, weil die Wohnungsuchenden Krieger- frauen sind. Diese Mitteilung hat den Kaufmann Karl Reich, der im Hause Müllerstr. 141 ein Puzwarengeschäft betreibt, ver- anlaßt, uns folgende Verichtigung zugehen zu lassen:

Herr Kaufmann Karl Reich ist nicht Eigentümer des Hauses Müllerstr. 141 zu Berlin. Herr Kaufmann Karl Reich ist auch nicht Nießbraucher des genannten Hauses. Herr Kaufmann Karl Reich ist lediglich Mieter der Ladentürräumlichkeiten in dem Hause. Herr Kaufmann Karl Reich unterhält mit seiner Frau eine Häus- lichkeit in Schmargendorf. Herr Kaufmann Karl Reich beobachtet im Gegenteil zu dem in dem Artikel geschilderten Verhalten Krieger- frauen gegenüber das geschäftliche Entgegenkommen, daß er ihnen 5 Prozent auf sämtliche Waren gewährt. Ich halte es deshalb für eine Ehrenpflicht von Jänen, den in seiner bürgerlichen Ehe damit zu Unrecht angegriffenen Puzwarenhändler Kaufmann Karl Reich durch einen Widerruf des Artikels in seiner Ehre wieder herzustellen.

Die Verichtigung trifft insofern daneben, als wir gar nicht von einem Kaufmann Karl Reich, sondern nur von einem Herrn Reich gesprochen haben, auf dessen Vornamen wir keinen Wert legten. Im übrigen betonen wir, daß alles, was wir über die Ergebnisse der beiden Kriegerfrauen mit dem Hausebesitzer Reich mitgeteilt haben, vollkommen zutrifft und wir nicht veranlaßt fühlen, auch nur ein Wort davon zurückzunehmen. Der Eigentümer des Hauses Müllerstr. 141, auf den sich unsere Angaben beziehen, heißt Jonas Reich. Er war früher auch Inhaber des Puzwarengeschäfts, welches jetzt unter der Firma seines Sohnes Karl Reich betrieben wird. Herr Jonas Reich soll übrigens auch jetzt noch im Geschäft seines Sohnes Karl Reich hervorragend tätig sein. Eine der von uns benannten wohnungsuchenden Kriegerfrauen wurde, als sie an der Wohnungstür des Hausebesizers Jonas Reich klingelte, von dem Dienstmädchen in den Laden des Herrn Karl Reich geführt, wo Herr Jonas Reich geschäftlich seines Amtes walte. Im Laden wurde mit Herrn Jonas Reich und seiner Gattin über die Wohnung verhandelt, hier wurde auch den Wohnungsuchenden von Herrn Jonas Reich und seiner Gattin erklärt, daß die Kriegerfrau die Wohnung nicht bekomme, weil schon genug Krieger- frauen im Hause wohnen. Als die Kriegerfrau, über diese Ab- weisung entrüstet, Einwendungen machte, wurde sie von Herrn Jonas Reich in der Art eines Mannes, der hier das Hausrecht hat, aus dem Laden gewiesen.

Es ist begrifflich, wenn man unter diesen Umständen den Haus- besitzer Reich auch für den Modetwarenhandler Reich hielt. Doch das ist ein Irrtum, wie aus der Aufschrift des Herrn Karl Reich befehrt, der sich durch seine „Verichtigung“ nunmehr zumgunsten seines Vaters entschloß hat. Ob das für den Vater eine Annahme- lichkeit ist, das mag die Familie Reich unter sich ausmachen.

Wenn Herr Karl Reich hervorhebt, daß er Kriegerfrauen, die in seinem Geschäft einlaufen, 5 Proz. Rabatt gewährt, so ist das bei den Phantasiepreisen, die heute für Damenpuz gefordert werden, eine Lappalie, deren man sich wahrhaftig nicht rühmen darf.

„Die Stellung der Kriegsschädigten im Wirtschaftsleben“ lautet das Thema, über das Herr Nikolaus Dierrodt in einer heute abend 8 Uhr im Reichenderger Hof, Reichen- berger Str. 147, stattfindenden Mitgliederversammlung des Reichsbundes der Kriegsschädigten und ehe- maligen Kriegsteilnehmer sprechen wird. Der Referent ist Vorsitzender der Ortsgruppe Hamm i. W.

Freigabe von Knochenbrüherzeugnissen. Bisher gelangten die auf Veranlassung des Kriegsausschusses für Dole und Fette her- gestellten Knochenbrüherzeugnisse durch die Gemeinden zur Ausgabe. Nunmehr ist der Vertrieb dieser Erzeugnisse dem freien Verkehr überlassen, jedoch unter Verbeibehaltung von Höchstpreisen. Die Ver- braucherhöchstpreise betragen für Knochenbrüherzeugnisse 3 Pf. das Stück, für Knochenbrüherzeugnisse 6 Pf. für 1 Kilogramm, für Knochen- brüherzeugnisse 8,40 Pf. für 1 Kilogramm Inlandware und 5,85 Pf. bzw. 5,80 Pf. für 1 Kilogramm gemischte dänische Ware, für flüssige Brühe 8,40 Pf. für 1 Kilogramm ausschließlich Verpackung. Der Kriegsausschuß für pflanzliche und tierische Dole und Fette, Berlin, unter den Linden 68a, erteilt auf Anfrage Auskunft über die Fabriken, welche derartige Knochenbrüherzeugnisse abgeben.

Der „Wahre Jakob“ ist erschienen und gelangt heute zur Ausgabe.

Ein Konzert des Philharmonischen Orchesters findet heute in der Philharmonie, Sternburger Str. 22/23, statt. Beginn des Konzerts 8 Uhr, Eintrittspreis 30 Pf., Kasseneröffnung 7 Uhr.

Hilm-Knechtchen. Heute findet in den H. L. Theater und in den Kognatjaal-Theatereisen Programmwechsel statt.

Wegen eines Einbruchs bei seiner eigenen Schwester fest- genommen wurde ein Arbeiter Oswald Mende. Dieser traf auf der Straße einen sahnenförmigen Soldaten und verurteilte, ihn an- zubringen. Der Soldat erwiderte, er besitze selbst nichts und habe auch sonst immer nur so viel, als er durch Einbrüche „verdient“. Er fragte Mende, ob er nicht eine Gelegenheit wisse. Mende be- jahte, hatte aber Bedenken, weil es sich um seine eigene Schwester handelte. Diese Bedenken verdrängte der Soldat und beide be- gaben sich nach der Wohnung der Schwester in der Kleinen Frank- furter Straße, die ohne Aufsicht stand, weil die Inhaberin aus- gegangen war. Sie brachen am besten Tage ein und stahlen alle Kleidungs- und Wäschegegenstände. Die Diebstohle vermurte gleich, daß ihr Bruder seine Hand im Spiel gehabt habe, und ließ ihn fest- nehmen, als sie ihn zufällig am Schleifstein Bahnhof traf. Zur Verhaftung bestätigte sich. Der laubere Bruder und der fahnen- flüchtige, der noch nicht ermittelt ist, haben einen Teil der Beute schon verkauft. Die Sachen wurden bei einem Händler noch gefunden und beschlagnahmt.

Zu dem geheimnisvollen Todesfall in der Dresdener Straße wird noch mitgeteilt, daß die alte Frau zweifellos durch Selbst- mord aus dem Leben geschieden ist. Ob sie sich selbst erhängt oder ob jemand anders ihre Leiche gefunden und nachträglich an dem kleinen Treppengeländer aufgehängt hat, läßt sich noch nicht sagen. Wahrscheinlich trifft das erstere zu. In den Verdict, verurteilt zu haben, den Selbstmord zu selbsttätigen Zwecken auszunutzen, ist die Pförtnerin Sch. geraten und einstweilen in Gewahrsam ge- nommen. Während zwei Sparakassenbücher der Toten in einem Verhältnis lagen, fand man auf dem Tische einen Brief, der 145 M. enthielt und an Frau Sch. gerichtet war. Außer der Aufschrift ent- hielt der Umschlag mit Bleistift geschrieben noch den Vermerk: Erbchaft. Als nun der Verdacht entstand, daß sich jemand in der Wohnung und an der Leiche zu schaffen gemacht habe, ließ die Kriminalpolizei Frau Sch., die der Toten seit längerer Zeit mit Aufwartediensten zur Hand gegangen war und auch einen Schlüssel zu ihrer Wohnung besaß, mit einem Bleistift die Worte der Brief- aufschrift schreiben. Da ergab sich denn eine solche Ähnlichkeit der Handschrift, daß man zu dem Verdacht kam, daß Frau Sch. die Aufschrift hergesteuert hat, um sich in den Besitz des Geldes zu setzen. Sie selbst bestreitet das aber immer noch und will auch die Geldscheine nicht in den Umschlag gesteckt haben.

Dazu wird uns in später Stunde gemeldet: Die Behauptung der alten Aufwärterin Frau Sch., daß sie mit dem ganzen Todes- fall nichts zu tun habe, scheint richtig zu sein. Man hat jetzt eine Handschrift der Toten gefunden, die der auf dem Briefumschlag vorhandenen Aufschrift vollkommen gleicht. Hiernach hat Frau Sch. wohl doch selbst vor dem freiwilligen Tode den Brief mit dem Gelde für Frau Sch. zurecht gemacht und mit der Aufschrift an sie und dem Worte Erbchaft versehen.

Eine unbekannte weibliche Leiche ist Mittwoch aus dem Zeltowkanal in der Nähe der Ringiusbrücke in Britz gefahdet worden. Die Tote ist etwa 25 bis 30 Jahre alt, mittelgroß und schlank, und hat dunkelblondes Haar. Bekleidet war sie mit dunkelblauem Wollrod, schwarzem Jackett, blauem Unterrod, weißer Leibwäsche, schwarzen Strümpfen, schwarzen Schürstiefeln und blauer Schürze mit weißen Punkten. Da Ausweidpapiere bei der Leiche nicht vorgefunden wurden, konnte die Persönlichkeit der Lebensmüden, denn um eine solche handelt es sich zweifellos, bisher noch nicht ermittelt werden.

Charlottenburg. Halbtagswanderungen mit Schulkindern. Wie in früheren Jahren, so sollen auch in diesem Jahre während der Sommerferien wieder halbtägige Wanderungen mit Schulkindern nach dem Grunewald bzw. der Jungfernheide stattfinden. Als Sammelpunkte sind bestimmt die Spielplätze Grottestraße, Niebuhr- straße, Sophie-Charlotten-Strasse und Oberstraße. Die Wan- derungen beginnen am Montag, den 8. Juli und endigen am Sonn- abend, den 10. August. Der Abmarsch erfolgt jedesmal nachmittags 2 Uhr. Die Kinder haben sich zu diesem Zeitpunkt pünktlich auf den Plätzen zu versammeln, wo ihnen das Nähere dann mitgeteilt werden wird.

Die freien Arbeiterkurse der Stadt Charlottenburg veran- lassen am Sonntag, den 7. Juli, vormittags 10 Uhr, eine Führung durch die Ausstellung „Berliner Widnisse aus den Jahren 1845 bis 1918“ in der Berliner Seession, Kurfürstendamm 232. Der Unter- richt in den Kurfen beginnt nach den Sommerferien am 12. August und findet abends von 8 bis 10 Uhr in der Arbeiterchule Wall- straße 80, Hof, Zimmer 1, statt. Montag und Freitag: Deutsch, Dienstag: Rechnen, Mittwoch: Literatur.

Spandau. Lebensmittel. Heute beginnt der Verkauf der nächsten Butter auf Butterabschnitt I der neuen Lebensmittel- karte. Auf jeden Abschnitt werden 50 Gramm zum Preise von 40 Pf. veranschlagt. Mit Ablauf des 11. verliert Abschnitt I seine Gültigkeit. — Am 6. Juli beginnt der Verkauf der städtischen Mar- garine oder Talg auf Margarinabschnitt I der neuen Lebens- mittelkarte. Auf jeden Abschnitt werden 20 Gramm Margarine zum Preise von 8 Pf. oder 20 Gramm Talg zum Preise von 10 Pf. veranschlagt. Mit Ablauf des 11. verliert Abschnitt I seine Gültigkeit. — In einer großen Anzahl von Geschäften in allen Stadtteilen ist noch Normelade gegen Abtrennung von Feld 108 der Haupt- karte und Feld 11 der Karte für Jugendliche erhältlich. Beide Felder verlieren mit Ablauf des 6. ihre Gültigkeit.

Pankow. Käse statt Kartoffeln. Vom 4. ab gelangt in den nachstehend benannten Geschäften als Ersatz für fehlende Kartoffeln der vergangenen Woche Käse zum Verkauf: in den Butterhand- lungen: „Danja“, Florstr. 34, Wollanstr. 107; Reitergasse Nachf., Ans. Wessin, Berliner Str. 1, Berliner Str. 49, Wollanstr. 188; Wlsh u. Wollram Nachf., Florstr. 25, Wollanstr. 27, und in der Kolonialwarenhandlung Köchel, Prenzlauer Promenade 189. Auf die Abschnitte 118f und g der Kartoffelkarte der Gemeinde Berlin- Pankow entfallen zusammen 250 Gramm Käse. Der Preis beträgt 1 M.

Reinickendorf. Abgabe von Ferkeln. Der Gemeindevorstand teilt mit, daß er eventuell in der Lage ist, Ferkel zur Abgabe an Private beschaffen zu können. Interessenten wollen umgehend schriftlich ihren Bedarf beim hiesigen Ernährungsamt anmelden.

Lichtenberg. Sonntag, den 7. Juli, findet die Bundes- tur- nament der Arbeiter-Turner- und Sportvereine, I. Kreis, V. Bezirk, aus Anlaß seines 25jährigen Bestehens in Lichtenberg-Friedrichs- feld statt unter Mitwirkung der Turnerkapelle Reußhof-Bezirk. Treffpunkt der Vereine und Abmarsch: 1 Uhr vom Restaurant Sabinin, Berliner Straße nach dem Reiplatz in der Treckow-Allee am jüdischen Turnplatz. Dort turnerische Aufführungen und Spiele. Die Arbeiterschaft von Lichtenberg-Friedrichs-feld ist hierzu freund- lich eingeladen.

Köpenick. Die Ausgabe der Wilscharten für Kranke, die nach dem Genehmigungsbescheid des Magistrats auch nach dem 31. Juli Anspruch auf Milch haben, findet am Freitag, den 5., und Sonn- abend, den 6. Juli, in der Zeit von 9 Uhr morgens bis 2 Uhr nach- mittags in der Abteilung für Krankenernährung, Schloßstr. 27/29, im Gelanden statt. Die neuen Wilscharten werden nur an solche Personen ausgegeben, die sich durch Vorlegung des Mittelstücks der für den Monat Juli 1918 gültigen Wilscharte als empfangsberech- tigt ausweisen. An Kinder werden Wilscharten nicht ausgeteilt. Die Ausgabe der Sonderkarten für kranke Mütter findet nicht statt, da die Wilscharten A mit dem roten Kreis zu 1 Liter voll beliefert werden.

Berichtszeitung.

Umfangreiche Veranbrungen von Güterwagen auf dem Güter- bahnhof Moabit lagen einer Unlage zugrunde, welche die Straf- kammer des Landgerichts I beschlagnahmt waren der Zug- abfertiger Wilhelm Rading aus Hoheneuckendorf, der Güter- wagenführer Karl Gutzeit, der Hilfskammerführer Walter Gröbke, der Aufsichtssteller Wilhelm Krawatz, der Hilfs- wagenführer Karl Lange und der Rangierführer Hermann Gese. — Im Anschluß an eine Anfang Januar d. J. verübte Ver- zehrung eines Güterwagens auf dem Güterbahnhof Moabit wurden von der Eisenbahnbehörde umfangreiche Ermittlungen und Be- obachtungen angeleitet, die zur Aufdeckung ganz ungeheurer Vergehen seitens der jehigen Angeflagten führten. Eine Haus- suchung in der Wohnung des Rading brachte eine förmliche Ver- zehrungslage. Es wurde unter anderem gefunden, was gar

alles in größeren Mengen: Selt, Wein, Kognak, Spirit, Butter, Käse, Speck, Speck, Schinken, Woll, Seife, Taschentücher, Stiefel, Kaffee, Militärschuh, Wäsche, Federn, Zigarren, Zigaretten und anderes, außerdem 1241 M. Bargeld. Ferner wurde auf der Besichtigung des St. in Hohenneudorf in einer Kalkgrube und unter dem Düngrichter ein Stunkspitz in Werte von 1500 M., fünf Berrenüberzieher, russischer Tee, Schokolade, Konfekt, Wein, Selt, Kognak, Liqueur, Speiseöl und außerdem 4800 M. bares Geld gefunden. Bei dem Angeklagten Raupach wurde u. a. gefunden: 42 Paar Strümpfe, 40 Pfund frisches Schweinefleisch, 38 Pfund Butter, 80 Pfund Margarine, 5 Pfund Speck, 10 Pfund Schmalz, 5 Pfund Käse, Reis, Gerste, Wein, Liqueur, Zigarren, Zigaretten. Auch bei den übrigen Angeklagten wurden erheblich aus den Diebstählen herrührende Warenmengen vorgefunden. — Das Gericht war der Ansicht, daß gegen derartige Eisenbahnräuber mit strengen Strafen vorgegangen werden müsse, damit die ohnehin schon fragwürdige Sicherheit im Bahnbetrieb nicht noch mehr verlore. Das Urteil lautete gegen Häding auf 8 Jahre 4 Monate Gefängnis, 5 Jahre Ehrverlust, gegen Gutzeit auf sechs Monate, gegen Wörke auf 5 Monate, gegen Gebse auf 9 Monate und gegen Kupa und Lange auf je 1 1/2 Jahre Gefängnis bei sofortiger Verhaftung.

Aus aller Welt.

Die Grippe in England.

Haag, 8. Juli. Eine Sondermeldung von „Nieuwe Courant“ aus London berichtet von Fortschritten der spanischen Krankheit in England. Demnach hat ein einziger Londoner Arzt gestern 184 solcher Fälle behandelt. Die Totenziffer ist gestiegen. In der Nacht stellen sich lange Reihen vor den Wohnungen der Ärzte an. In den Industriestädten, besonders in Birmingham, droht ernstlicher Mangel an Arbeitskräften, ähnlich in Leeds. In Manchester und anderen Städten sind Theater und Lichtspielhäuser geschlossen.

schlossen. Beim Schichtwechsel eines einzigen Schichtes fehlten in mehreren Gruben 250 Mann. Wäsche- und Schuhfabriken vermissen einen großen Teil ihrer weiblichen Arbeitskräfte. In Middleborough kommen 5000 Kinder und 68 Lehrer nicht zur Schule. In Manchester sind 70 Wagen der Straßenbahn auf dem Verkehr gezogen worden, weil sich 300 Fahrer und Schaffner krank gemeldet haben.

Disziplinarverfahren gegen Professor Henkel.

Jena, 4. Juli. Das Disziplinarverfahren gegen den Direktor der Jenerer Universitäts-Frauenklinik Prof. Dr. Henkel wird demnächst in zweiter und letzter Instanz vor dem Oberverwaltungsgericht verhandelt werden. Gegen das Urteil der Disziplinar-Kammer in Weimar, das auf Strafverurteilung lautete, hatten sowohl das thüringische Ministerium wie der Beschuldigte Berufung eingelegt. Die Anklagebehörde mit dem Antrag auf Dienstentlassung, die Verteidigung mit dem Antrag auf Freisprechung. In der Zwischenzeit haben auf Antrag der Verteidigung umfangreiche Zeugenvernehmungen stattgefunden. Im Anschluß daran ist von dem Direktor der Berliner Universitäts-Frauenklinik Geh. Medizinrat Prof. Dr. Cumm ein eingehendes Gutachten erstattet worden.

Neue Zeitrechnung im Osten. Bukarest, 8. Juli. In der Moldau und inessarabien ist der Gregorianische Kalender eingeführt worden.

Briefkasten der Redaktion.

N. N. 300. 1. Sie sollen nur nicht im Fremdenland beschäftigt werden. 2. Sie haben keine Aussicht, deswegen entlassen zu werden. — Nr. 100. Ihr Brief ist nicht zu empfangen. — Thüringen 68. 1. Nur bei besonderer Bedürftigkeit eventuell bis zu 50 Mark. 2. Sie möchten sich mit einem Gehalt an den Nationalen Frauendienst wenden. 3. Anspruch auf Arbeitsurlaub besteht überhaupt nicht. Sie könnten, wenn Sie schon lange im Feld stehen, unter diesen Umständen den Versuch machen. Bei

Wegungsgeld erhalten Sie dann nicht. — W. W. 100. Nebenfalls geht doch Ihre Ehefrau einer anderen Kirchengemeinschaft an; Sie müssen dann auch für sie die Kirchensteuer zahlen. — H. D. 1. Zulässig ist monatlicher Rentall, er ist aber für Wohnungen in Berlin nicht üblich, daher war es von den Mietern schon recht, wenn sie das Mietvertragsamt angerufen haben; warten Sie dessen Entscheidung ab. — G. W. 100. Die lägerische Partei muß allerdings nach fruchtloser Einnahme die Klage beim Schöffengericht einreichen. Wie raten aber sehr zur Einigung vor dem Schlichter. — G. W. 70. Ja. — A. W. 100. Der Betrag konnte auch innerhalb 24 Stunden nicht mehr rückgängig gemacht werden. Sie werden die 15 M. als Keugeld zahlen müssen. — W. R. 1289. 1. Nein. Es ist darüber übrigens noch keine nähere Anordnung getroffen. 2. Nein. 3. Beschäftigt ja nicht. 4. Den Pensionsarbeiten um. — R. G. Jülich 22. Sonntag. — H. D. 100. Das Grundbuchamt befindet sich im zuständigen Amtsgericht. — Friedenau. Wenn Sie sich an die Geschäftsstelle der Kriegsbefähigtenfürsorge, Berlin, Poststr. 5. —

Wasserstandsnotizen der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau.

Wasserstand am	2	3	Wasserstand am	2	3
	cm	cm		cm	cm
Memel	123	121	Soale	59	60
Pregel	—25	—21	Habel	26	22
Weichsel	14	—	Elbe	—14	—12
Oder	122	219	Spree	72	—
	48	60	Reuß	200	202
Warthe	52	40	Weser	117	123
Neiße	—	—	Wend	182	178
Elbe	—90	—98	Rhein	516	506
	—213	—205	„	276	270
	9	10	„	255	249
	15	17	„	40	—
			„	95	98
			„	19	16

Wetterausichten für das mittlere Norddeutschland bis Sonnabend mittag. Ziemlich warm, weiches der Oder vielfach heiter und größtenteils trocken, nur schwache Gewitter, im Osten noch vorwiegend wolfig und an vielen Orten leichte Regenschauer.

Deutsches Theater.
Mit Max Pallenberg
Ersttag bis Sonntag 8 Uhr:
Familie Schmek.
Kammerspiele.
Allabendlich 7 1/2 Uhr:
Inkognito. (Operette.)
Volksbühne, Th. a. Bülowpl.
Allabendlich 7 1/2 Uhr:
General York.

Theater des Westens
Allabendlich 7 1/2 Uhr:
Leopoldine Konstantin in
Die Tänzerin.

Theater Königgrätzerstr.
8 Uhr: Die fünf Frankfurter.
Komödienhaus
8 Uhr: Die Schwestern
und der Fremde.

Berliner Theater
7 1/2 Uhr: Blitsblaues Blut.
National-Theater
8 1/2 Uhr: Mäuschen

Trionon-Theater
Bhf. Friedrichstr. Ztr. 4927, 3391
8 U. Zum 303. Male: **Der**
Lebensschüler.
Kaiser-Tilt, Bildt, Flink.
Sonnab. nachm. 7 1/2 U. kl. Pr.:
Schneewittchen.
Sonntag 4 Uhr: Gespenster.
Th. L. d. Frankfurter Allee 313.
Der Riesenerfolg des Thalia-
Theaters über 500 Male!
Puppehen.
(Du bist mein Augenstern...)
Gen.-P. i. 8 Akt. v. Jean Kren
u. Kurt Kraatz. Mus.: Gilbert.
Anfang täglich 7 1/2 Uhr.
Sonntag 4 Uhr: Bunte Bühne.

Berliner Prater-Theater
Rosentempelallee 7—9.
Täglich 5 Uhr in vollständig
neuer Bearbeitung:
Im Wolfentrameter.
Große Bollen-Revue in 5 Bildern
Dazu die großart. Spezialitäten

Theater für Freitag, 5. Juli.

Central-Theater
7 1/2 Uhr: Die Csardasfürstin.

Deutsches Opernhaus
7 Uhr: Die schöne Helena.

Friedrich-Wilhelms-Theater
7 1/2 Uhr: Das Dreimäderlhaus.

Kleines Theater
8 Uhr: Aristid und seine Fehler
mit Bassermann.

Komische Oper
7 1/2 U.: Schwarzwaldmädel.
Sonnab. 3 1/2 U.: Die Kinokönigin.

Metropol-Theater
7 1/2 Uhr: Die Rose von Stambul.

Lustspielhaus 7 1/2 Uhr:
Die blonden Mädels v. Lindenhof

Neues Operettenhaus
7 1/2 Uhr: Der Soldat der Marie.

Residens-Theater
7 1/2 Uhr: Flimmer-Klärchen.

Schiller-Th. Charl.
7 1/2 Uhr: Alt-Heidelberg.

Thalia-Theater
7 1/2 Uhr: Unter der hülkenden Linde

Theater am Nollendorfplatz
7 1/2 Uhr:
Seit 1880

Zirkus- u. Raubtierdressur-Schau

WILHELM HAGENBECK

HAMBURG

kommt ab SONNABEND, 6. Juli, auf
NUR 9 TAGE nach

NEUKOELLN Platz Ecke Weserstraße und
Rühlstraße,
5 Minuten v. Hermannplatz.

Norddeutsche Gemüsebau-Genossenschaft
e. G. m. b. H.
Ab Sonnabend: frühe
Möhren
in den
Verteilungstellen.
Geöffnet täglich 9—12 und
4—7. Sonntag 8—10.
Grafstr. 78 (Ecke Udenstr.),
Dankstr. 49 (Nähe Badstr.),
Schäfersche 3 (beim Ström-
strandenhaus),
Wilhelmshöfener Str. 70
(Roabit),
Kopenhagener Straße 4
(Schöndorfer Allee),
Petersburger Straße 4a
(Frankfurter Allee),
Vorhagener Str. 19 (Nähe
Wahrenstr.),
Bergmannstraße 21,
Christburger Straße 2,
Kottbuser Straße 18 (Nähe
Kochhaus),
Kurfürststraße 148 (Nähe
Kochhaus),
Wilmersdorf: Wegstr. 28,
am Ringbahnhof,
Charlottenburg: Weidener-
straße 1 (Bbl. Scharnplatz),
Ansdorferstr. 50 (Nähe
Sopple-Charlotte-Platz),
Neutölln: Kaiser-Friedrich-
Straße 15. 217/15.
Neue Mitglieder können
noch aufgenommen werden. Nur
Zelbstverbraucher. Zwischen-
handel ausgeschlossen. Näheres
in den Verteilungstellen
während obiger Geschäftsstunden
und im Verwaltungsbureau
der Norddeutschen Gemüse-
bau-Genossenschaft, Burg-
straße 27, III. Stad. Zimmer 76
(S. Julius Busch), tgl. v. 10—7.

Reichshallen-Theater.
Allabendlich 7 1/2 Uhr:
Stettiner Sänger.

Theater der Friedrichstadt.
Ecke Friedrich- u. Linienstr.
Täglich 7 1/2 Uhr:
Die erste Geige.
Sonnab. nachm. 3 1/2 Uhr, kleine Pr.:
Jugend.

Admiralspalast.
Die Prinzessin von Tragant
Saidah
Deutsche Tänze
7 1/2 Uhr, 2, 3, 4, 5, 6 M.

SARRASANI
Täglich 7 1/2 Uhr,
Sonntag 3 und 7 1/2 Uhr:
Im Innern
des U-Bootes
besitzt sich das vierte
Bild des Massen-Manege-
Schaustücks: „Torpedo-
les!“ — 9 glänzende Akte.
Vorverk.: Zirkus-Busch-
Kasse ab 10 Uhr und
A. Wertheim.

Jun **Jul**

Verein für das
Druckstum
im Auslande

Levland-Estland-Ausstellung

Kgl. Akademie
der Künste
Pariser
Platz 4

Geöffnet **10—7**

Eintritt 1 M., Sonntag bis 2 Uhr u. Montag 2 M.

Bekanntmachung.

I. Es entfallen:
je 200 Gramm Graupen
auf Abschnitt 43 und 45 und
100 Gramm Suppen oder 2 Suppentafeln
auf Abschnitt 44 der allgemeinen Lebensmittelkarte
der Stadt Berlin, sowie
250 Gramm Graupen
auf die Abschnitte 15 und 16 der Lebensmittelkarte
für Jugendliche.

II. Die von uns in der nächsten Zeit auszuführenden Nähr-
mittel (nicht Brotaufstrichmittel) sind bei dem Klein-
händler zu beziehen, bei dem die Anmeldeabschnitte 43
bis 45 abgegeben sind.
Der Kleinhändler hat bei Annahme dieser Anmelde-
abschnitte das Ritzelstück der Lebensmittelkarte mit seiner
Penna zu versehen.

III. Unter Ausschluss nachträglicher Annahme sind die An-
meldeabschnitte vom 5. bis 7. Juli 1918 bei den
Kleinhändlern und von diesen am 8. Juli 1918 bei
den Großhändlern abzugeben.

IV. Nicht abgeholte Ware verfällt mit dem 8. August 1918.
Berlin, den 4. Juli 1918.

Magistrat der Königl. Haupt- und Residenzstadt.
Abteilung für Nährmittel.

Wir kaufen
gebrauchte
Bindfaden
Zelluloid-, Film-,
Hartgummi-
Wachswalzen-
Schallplatten Ab-
fälle.
Drömer G. m. b. H.,
Georgenkirchstr. 50
(S. Alexanderplatz)
Friedrichstr. 45,
Ecke Zimmerstraße.
9—12 1/2, 2 1/2—6 1/2

Spezialarzt
Dr. med. Hasché,
Friedrichstr. 90 direkt am
Stadtbahn-
Behandl. von Syphilis, Haut-
ern., Frauenleiden, (bes.
gyn. Fälle, Schmerzlose, kürzeste
Behandl. ohne Verunstaltung,
Blutunterstützung, Wäg. Breite
Leitfähigkeit, Sprechstunden 11
bis 1 und 5—8, Sonnt. 11—1

Reichshallen-Theater.
Allabendlich 7 1/2 Uhr:
Stettiner Sänger.

Theater der Friedrichstadt.
Ecke Friedrich- u. Linienstr.
Täglich 7 1/2 Uhr:
Die erste Geige.
Sonnab. nachm. 3 1/2 Uhr, kleine Pr.:
Jugend.

Admiralspalast.
Die Prinzessin von Tragant
Saidah
Deutsche Tänze
7 1/2 Uhr, 2, 3, 4, 5, 6 M.

SARRASANI
Täglich 7 1/2 Uhr,
Sonntag 3 und 7 1/2 Uhr:
Im Innern
des U-Bootes
besitzt sich das vierte
Bild des Massen-Manege-
Schaustücks: „Torpedo-
les!“ — 9 glänzende Akte.
Vorverk.: Zirkus-Busch-
Kasse ab 10 Uhr und
A. Wertheim.

DER HIAS

Im I. Akt: Hias und das Kammer-
kätzchen. ■ Die Flucht des Hias
aus französischer Gefangen-
schaft. ■ Der Traum des ver-
wundeten Leutnants. ■ Im II. Akt:
Der gescherte Alisi. ■ Das ur-
fidele Front-Breitl. ■ Im III. Akt:
Das Kriegsgericht. ■ Im glän-
zende Film-Einlage: „Sturm
auf Schloß Mont-Plaisier“.

Täglich 7 1/2 Uhr abends
Sonntag 2 Vorstellungen: 3 1/2 und 7 1/2 Uhr

Walhalla-
Theater • Weinbergsweg.

Rose-Theater.
7 1/2 Uhr: **Barthelzchen.**
Gartenb.: Bitte recht freundlich!

Für Mitarbeiter, Koll-
Freund, Gemeindefreund.
Preis 3,00 Mark. Buchhand-
lung Vorwärts, Lindenstr. 8,
Laden.

Deutschland
braucht Männer,
die fähig sind, an dem
großen wirtschaftlichen
Wettstreit teilzunehmen, der
eine unbedingte Folge des
Weltkrieges sein muß und
eine tiefgreifende Aende-
rung unseres gesamten
wirtschaftlichen Lebens
herbeiführen wird. Ueber-
all werden
gebildete und leistungsfähige
Mitarbeiter gesucht
sein. Beamte, Lehrer, Ange-
stellte des Handels und der
Industrie sollten nicht ver-
säumen, jetzt ihre Vorberei-
tungen zu treffen. Das beste
Mittel, rasch und gründlich,
ohne Lehrer, durch ein-
fachen Selbstunterricht auf
ein Examen vorzubereiten,
die Einj.-Freiw.-Prüfung u.
das Abitur-Examen nachzu-
holen oder die fehlenden
Kenntnisse zu ergänzen sowie eine vor-
treffliche Allgemeinbildung
sich anzueignen, bietet die
Selbststud.-Methode „Rustin“.
Ausführl. 60 S. starke Broschüre
kostenlos.
Bonness & Hachfeld,
Potsdam, Postfach 224.

**Frauen-
heil-Institut**

Berlin W, Potsdamer St. 85 II
Aerzt. Leit.: Dr. med.
H. Sommer, Frauenarzt.
Spezialbehandlung nervöser
Frauenleiden
Krankheiten u. Entwicklungs-
und Wechseljahrs-
Behandlung durch Frauen-
ärztliche u. Nervomassage
Bestrahlung, Elektrotherapie
Köntgenbehandlung
Wasserheilverfahren
Sprechst. 11-1 u. 4-6 Uhr
außer Sonnab. u. Sonntag
Fernspr. Kurfürst 4081
Prospecte d.
Mina Kube

Spezialarzt
Dr. med. Laabs
Seh-, hörr., gründl., mögl.
schmerzlos u. ohne Verunstält.
Geschlechtskrankheit, geheime
Haut-, Horn-, Frauenleiden,
Schwäche, Spröbtheit, Methoden
Harn- und Blutanteruchung.
Königstr. 34/36, Bahnhof
Epr. 10—11 u. 5—8, Sonnt. 10—1

Dem Pneu gleichwertig
Elastisch / Geräuschlos / Sofort lieferbar
Saubere Arbeit / Grosse Haltbarkeit
Tausende im Gebrauch

BALLINIT

Reifenfabrik G. m. b. H.
Berlin SW 61, Waterloo-Ufer 19
Fernsprecher: Amt Moritzplatz Nr. 303

Die Segelflugmaschine.

Als vor Jahren der erste große Jubel verlungen war, der die Erfindung des Flugzeugs begrüßte, das uns Menschen aus Höhen...

Von neuem werden nun die Stimmen der modernen Forscher laut, die da behaupten, daß das Flugprinzip von heute auf ganz falschen Grundlagen ruhe.

Die Vernachlässigung dieser wichtigen Tatsachen bedingte, daß das große Problem vollkommen neu angefaßt werden mußte; während man sich bisher begnügt hatte, in erster Linie alles auf Luftströmungen und deren Wirksamkeit hinauszuführen...

Lodz.

Das gelobte Land.

Roman von W. St. Raymond.

Greß schien die Sonne über Lodz, über die tausend Schornsteine, die in der sonntäglichen Ruhe still dastanden und in der reinen, klaren, vom Rauch heute nicht geschwärzten Luft wie mächtige rote Fichtensämme emporragten...

Haufen von Arbeitern stuteten im Sonntagsstaat über die Piotrkower Straße, in hellen Sommeranzügen, mit schreiend bunten Kravatten und Mützen, oder mit hohen, längst unmodernen Hüten und Schirmen in den Händen.

Die Menge blickte zur Sonne, atmete den Frühling ein, mit dem die Luft wie durchsättigt war, und schritt trüg weiter; der Sonntagsstaat, die eigentümliche Stille der Straße im Vergleich zum Werktag, die Freiheit und die Sonntagsruhe, mit der sie nichts anzufangen wußte...

Von den Dächern, aus allen Dachrinnen und von den Balkons stieß das Wasser in Strömen auf die Köpfe der Vorbeigehenden und auf den schmutzigen Bürgersteig.

in Angriff genommen, und der bekannte deutsche Flugtechniker Ingenieur Ansberr Vorreiter hat sich bereit erklärt, diese Gesellschaft zu leiten.

Neuartige Karfose-Versuche.

Die Allgemeinarkosen, in denen die meisten größeren Operationen ausgeführt werden, sind von unschätzbarem Wert, der gerade jetzt bei Patienten und Kerzen immer wieder bestätigt wird.

Der geluchte Stoff sollte geruchlos und für die Atmungsorgane reizlos sein als die bisherigen, er sollte ein schnelleres Aufwachen ermöglichen und postmortalische Störungen von geringerer Wirkung und möglichst kurzer Dauer hinterlassen.

Das Gemisch wurde bisher an drei Hunden ausprobiert, die man, ohne Morphiumvorbereitung, bis zu einer halben Stunde in halteren ließ. Die Tiere konnten jedesmal in den Zustand der Betäubung versetzt werden, und die Unempfindlichkeit trat allgemein schneller und mit geringerer Erregung auf, als bei der Kontrolle mit Äther.

Der moderne Architekt.

Ueber Aufgabe und Verus des modernen Architekten hat Karl Scheffler, der bekannte Kunstschriftsteller, vor dem Züricher Ingenieur- und Architekten-Verein einen Vortrag gehalten, der auch in Schriftform erschienen ist (bei Mascher u. Co., Zürich).

„Ich möchte wohl ein Baumeister sein!“ — mit diesem vielleicht nicht nur rhetorischen Wunschwort beginnt und schließt Scheffler seine Ausführungen. Nicht ein Baumeister, wie ihn die Bauwelt des modernen Unternehmertums, des hastenden Betriebes ent-

In den neuen kunstgewerblichen Strömungen steht Scheffler einem vollkommenen sittlichen Antrieb zur Wiedererweckung des Handwerksbetriebs. Sächlich, organisch, sozial denke der neue Baumeister.

Notizen.

Die Leipziger „Illustrierte Zeitung“ hat zur Feier ihres 75jährigen Bestehens eine Festnummer herausgegeben (Nr. 8918), die in Aufmachung und Ausstattung Vortreffliches bietet.

Das Preisausreiben für Kleiderverhältnisse für Armampulierten, das vom Knappmusem Heinrich Walbes in Prag-Prichowitz zur Schaffung von Kleiderbeschläffen und Kleidungsstücken für Armampulierten und Armbehinderte ausging, hat 429 Einwendungen mit etwa 900 Lösungen erzielt.

Der Bureaufrat macht alles, 15 Monate ist der frühere Ministerialrat Milbenovich, der wegen seiner aufstößigen Bestimmung ausbezogen wurde, Direktor des Wiener Burgtheaters gewesen.

20 Millionen Briefe von und an Kriegsgefangene hat das Kriegsgefangenen-Postbureau in Vorn im Monat Mai verarbeitet und weiter geleitet. Dies ist die höchste bisher im Kriege erzielte Verkehrsleistung.

Todesstrafe und Höchstpreise. Der römische Kaiser Diokletian führte im Jahre 313, als die Preise auf alle Lebensnotwendigkeiten fabelhaft gestiegen waren, Höchstpreise ein und bedrohte die Uebertretungen mit Todesstrafe.

herab und grub an den mit Kohlenstaub und Ruß bedeckten Wänden lange, schwarze Furchen ein.

Das holprige und grundlose Straßenpflaster bedeckte ein dicker, schlüpfriger Kot, der unter den Rädern vorbeifahrender Droschken und Equipagen auf den Bürgersteig und die Passanten spritzte.

Dichtgedrängt und massig standen an beiden Seiten der Straße, die sich in einer Kieselrinne bis nach Valuty hinzieht, Häuser und italienischen Kastellen ähnliche Paläste, in denen sich Baumwollfabriken befanden; einfache Mauerhäuser mit drei Stockwerken, ohne Lünche; stilvolle Häuser mit Barockbalkons aus vergoldetem Eisen, verziert mit überfüllt mit kleinen Amoretten am Fries und über den Fenstern, durch die im Inneren Weberwerkstätten zu sehen waren; kleine schiefe Holzhäuser mit grünen, vermoosten Dächern, hinter denen in den Höfen mächtige Schornsteine und Fabrikmassen emporragten, schmiegleten sich an die Seite mächtiger Paläste im Berliner Renaissancestil aus roten, modellierten Ziegelfsteinen, mit steinernen Türangeln und Fensterstöcken, mit einem großen Relief an der Frontseite, das die Industrie darstellte, mit zwei turmgeschmückten Seitenpavillons, die ein schönes Eisengitter, hinter dem man in der Tiefe kolossale Fabrikmauern erblickte, von dem Hauptgebäude trennte; mächtige, prachtvolle Häuser, die wie Museen aussehenden und doch nur als Magazine für fertige Waren dienten; mit Ornamenten in allen Stilarten überladene Häuser, wo im Parterre Renaissancefarnatiden einen alldutschen Gang stützten, das zweite Stockwerk im Stile Louis Quinze in den zierlichen Linien der Fensterrahmen emporshob und vollen Spulen ähnliche, bauliche Verzierungen den Abschluß bildeten; Häuser, die mit ihren gewaltigen Mauern wie alte, würdige Tempel emporragten, majestätisch im ersten Schmuß ihrer Ornamente. In goldenen Lettern standen da auf Marmorfaseln: „Schaja Mendelsohn“, „Hermann Buchholz“, und andere Namen.

Ein richtiger Rehrichthausen aller Stilarten, von groben Mauererbänden gefertigt, mit kleinen Lärmen besetzt, mit ständig abfallendem Stuck beklebt, von tausend Fenstern durchschnitten, mit steinernen Balkonen, Karpatiden, prächtigen Fassaden, Dachbalustraden und mächtigen Loren überladen, in denen Portiers in glänzenden Livreen auf Samtpantons schlummerten, und mit einfachen Eingängen, durch die der Straßenfot bis in die schweblichen, mitgrubenähnlichen Höfe eindrang; voll von Läden, Kontors, Lagern, kleinen, dreieigen Schundbuben, erstklassigen Hotels und Restaurants, gemeinsten

Kneipen, vor denen sich das Glend sonnte, voll von den Millionen, die in glänzenden, mit Amerikanern — das Pferd zu zehntausend Rubel — bespannten Equipagen durch die Straßen rollten, voll des Glends, das sich durch die Straßen wälzte, Bergweisung um die blaffen Lippen und ewigen Hunger in den schwarzen Lidern.

„Eine wunderbare Stadt.“ flüsterte Moritz, an der Ecke der Meyerpassage mit zugedrückten Augen auf die endlosen Häuserdämme blickend, die die Straßen umflammerien. „Eine wunderbare Stadt, aber — was kann man dabei verdienen?“ dachte er höhnisch und trat in eine an der Straßenecke gelegene Konditorei, die ganz überfüllt war.

„Relange!“ rief er den umherlaufenden Kellnern zu, wand sich zu einem freien Platz durch, blätterte mechanisch im letzten Vorkurrier und versank wieder in Gedanken. Er überlegte, wo er Geld austreiben könnte, und weiter, wie er es anfangen sollte, um bei dem Baumwollgeschäft, das er vor ein paar Stunden mit seinen Freunden abgeschlossen hatte, möglichst viel zu verdienen. Moritz Welt war zu sehr ein Lodzer „Gründer“, um irgendwelche Gewissensbisse zu verspüren, die ihn an einem guten Geschäft, selbst auf Kosten seiner Freunde, hätten hindern können. Das Geschäft zog ihm ja zu.

Er lebte in einer Welt, in der Schwindelei, hinterlistige Bankrotte, Pleiten, alle edellichen Betrügereien und freche Ausnützung — zum täglichen Leben gehörten und Gemeingut aller waren. Man beneidete sich gegenseitig um geschickte ausgedachte Schurkereien. In den Konditoreien, den Kneipen und den Kontoren besprach man die am besten ausgetobelten Streiche, die öffentlichen Betrüger wurden bewundert, bewundert und verehrt wurden die Millionen. Niemand scherte sich darum, woher sie einer hatte, ob er sie verdient oder gestohlen. Ganjsache war, daß er sie besaß.

Ungeachtet oder denen, die kein Glück hatten, begegnete man mit Hohn und Spott und urteilte scharf über sie, verweigerte ihnen Kredit und Vertrauen — den Glücklichen stand alles offen. Sie konnten heute Kleide machen und fünfzigzwanzig für hundert zahlen, und morgen früh räumten ihnen die, die sie bestohlen, noch größeren Kredit ein, denn sie selbst konnten ihre Verluste doch auch bei anderen weitmachen und fünfzehn für hundert zahlen.

Moritz überlegte gerade, was er bei dem Kompagniegeschäft verdienen konnte, und was ohne das Kompagniegeschäft. (Fortf. folgt.)

Reichstag.

158. Sitzung, Donnerstag, 4. Juli, nachmittags 2 Uhr.

Am Bundesratsstisch: v. Kühlmann.
Auf der Tagesordnung steht die zweite Lesung des rumänischen Friedensvertrages.

Oberst v. Bransfeld ergänzt seine gestrigen Mitteilungen über das Schicksal der deutschen Kriegsgefangenen in Rumänien.

Abg. Kossle (Soz.):

Der rumänische Friedensvertrag legt den Rumänen teilweise harte Bedingungen auf. Aber die Männer, die jetzt Rumänien schicksal leiten, hoffen, durch diese Verträge ihr Volk zu Glück und Wohlstand führen zu können. Das rumänische Parlament hat den Friedensvertrag mit allen gegen 3 Stimmen angenommen. Deshalb können auch wir, trotz mancher Bedenken in der unbefriedigend gelösten Dobrußasfrage und gegen die Grenzkorrekturen, dem Vertrage zu. Wir verkennen seine Härten nicht; aber wir können es nicht verantworten, bestreiten den Friedensvertrag abzulehnen und Gefahr zu laufen, daß wieder der Kriegszustand eintritt. Man darf auch schließlich nicht vergessen, mit welcher Erbitterung Rumänien in den Krieg eingetreten ist. Damals hat es alle Verträge gebrochen, das vorausbezahlte Geld behalten, die zugekauften Waren — Getreide und Petroleum — nicht abgeliefert, eine ganze Menge deutscher Eisenbahnmotoren und Schiffe zurückgehalten. Selbstverständlich muß es diesen Schaden jetzt wieder gutmachen. Das deutsche Volk denkt gar nicht daran, noch

eine besondere Geldprämie für den Bruch von Bündnisverträgen zu zahlen. Rumänien muß zurückgeben, was es uns unter schwächlichem Vertragsbruch gestohlen hat. (Zustimmung.) Es muß darüber hinaus eine ganze Anzahl Verpflichtungen auf sich nehmen, und die Meinungen darüber sind geteilt, ob wir ihnen zuviel zumuten oder ob noch mehr hätte gefordert werden sollen. Widerspruch ist erhoben worden gegen die Verpflichtung Rumänien, den Juden die Staatsbürgerliche Gleichberechtigung zu geben. Darin liegt zweifellos eine Einmischung, aber Rumänien hätte sich bereits im Berliner Vertrag von 1878 dazu verpflichtet. Die Parteien, welche der Regierung vorwerfen, sich in der Judenfrage unerschrocken in innere Angelegenheiten Rumänien einzumischen zu haben, hätten in der Abnigsfrage die stärkste Einmischung gebilligt und gewünscht. Wir sind durchaus damit einverstanden, daß die Regierung sich hierin am passiv verhalten hat. Wir würden es durchaus begreifen, wenn die Rumänen ihren Abnig zum Tausch jagten; aber der deutsche Soldat soll den Rumänen einen Abnig weder nehmen noch bringen. (Sehr laut!)

Das Hauptgewicht legen wir auf die wirtschaftlichen Abmachungen. Wir haben wiederholt gefordert, daß das Petroleumabkommen nicht einzelne Banken bereichere, sondern daß eine ausreichende Gemeinschaftigung des Reiches unter allen Umständen gesichert wird. Das Recht auf fortwährende Neuverteilung von Lebensmitteln betrachten wir als eine wirtschaftliche Sicherheitsmaßregel gegen die Erdölverfügungsabsichten der Entente. Man mag deren Drohungen für übertrieben halten, was glauben, daß sie sie selbst beim besten Willen nicht durchführen kann, aber es wäre leichtfertig, wenn Deutschland seinen Vorkauf nicht für alle Fälle sichern wollte, während noch eine Uebermacht von Feinden es mit Vernichtung bedroht. (Sehr wahr!)

Wir werden also den Verträgen unsere Zustimmung erteilen. Ihre dauernde Wirkung wird abhängen von dem großen allgemeinen Friedensschluß. Die deutsche Sozialdemokratie wird es nie daran fehlen lassen, auf die notwendige Völkerverständigung hinzuwirken, damit harte Friedensverträge dann nicht mehr notwendig sind. (Beifall u. d. Soz.)

Abg. Goltstein (Sp.) warnt vor Ueberhöhung des Petroleumabkommens. Es wäre ganz verfehlt, daraus riesengroße Vorteile für Deutschland zu erwarten. Nach Wiederkehr normaler Verhältnisse werden wir unseren Bedarf an mineralischen Ölen besser wieder aus Amerika decken. Der Redner polemisiert gegen die abfälligen Äußerungen des Grafen Prachma über die rumänischen Juden. Ein Volk, das so entrechtet war und so gelitten hat, kann keine große Anfälligkeit an sein Land haben. Redner schließt mit der Hoffnung, daß die alten freundschaftlichen Beziehungen zu Rumänien wiederhergestellt werden können.

Abg. Alpers (Welfe): Das empörte deutsche Gewissen empfindet sich in diesen Verträgen keine Verdringung gefunden. Auch die Interessen der deutschen Kolonisten in Syrien und Arabien sind nicht berücksichtigt. Wir brauchen eine geistvollere deutsche Kolonie am Schwarzen Meer oder an der Donaumündung. (Beifall rechts.)

Abg. Dr. Sohn (L. Soz.) greift einige Bestimmungen des Friedensvertrages mit Rumänien an, da sie verkappte Kontributionen darstellen. Diesen Friedensvertrag lehnen wir ab, er ist nicht ein Akt der Notwehr, wie Abg. Kossle es darstellt, sondern verächtlicher oder auch unehrlicher Raub. (Präsident: Redner hat nicht diesen Ausdruck als unzulässig.) Unser Auswärtiges Amt treibt nicht selbständig Politik, sondern läßt sich vom Druck des Militärs im Osten rufen unsere Truppen trotz des Friedensschlusses weiter vor. Unser Ziel ist offen in einem Artikel der „Völkischen Zeitung“ dargestellt worden: weil wir selbst im Falle des Sieges im Westen England und Amerika nicht zwingen können, uns Rohstoffe zu liefern, müssen wir die Rohstofflieferanten im Osten bis in die Provinzen hin wirtschaftlich beherrschen. (Zuruf rechts: Sehr vernünftig!) Wir bezuscheln diese Okkupationspolitik, die Russland gegenüber trotz des Friedensschlusses fortgesetzt wird. (Beifall u. d. L. Soz.)

Staatssekretär v. Kühlmann: Heber die Demarkationslinien im Osten stehen wir in Verhandlungen; wir suchen diese Fragen schließlich zu lösen. Ueber den Feldzug nach Indien, der nach dem Vordrängen sehr verheißungsvoll für unsere Reichsverfugung wäre, muß ich bemerken, daß er keinen Teil unserer auswärtigen Politik bildet. (Weiterkeit.)

Abg. Paase (L. Soz.): Unser Parteigenosse Rinker ist widerrechtlich, obwohl er sich noch auf holländischem Gebiet befand, von einer deutschen Grenzwache festgenommen worden und wird widerrechtlich festgehalten. Es sind deutsche Agenten an ihn herangekommen, um ihn Unterstützung für die von ihm in Holland herausgegebenen revolutionären Zeitschrift „Der Kampf“ und ihre Verbreitung in Deutschland anzubieten. (Hört! hört! bei den L. Soz.) Es besteht die Vermutung, daß gegen ihn vorgegangen ist, weil er auf diese unzulässigen Nachforschungen nicht eingegangen ist. Einen Rechtsbehelf zu nehmen hat man dem Rinker verweigert, angeblich weil er Amerikaner ist; gleichzeitig aber verwehrt man ihm, sich an die amerikanischen Behörden in Fern zu wenden, weil seine amerikanische Staatsangehörigkeit nicht festgestellt ist. Wir protestieren gegen diese Methoden. (Beifall bei den L. Soz.)

Die Aussprache schließt. Der Etat des Auswärtigen Amtes wird angenommen, desgleichen der Friedensvertrag mit Rumänien mit den Zusatzanträgen.

Es folgt die Beratung des Etats des Reichsamts des Innern. Abg. Gohse (Sp.) bittet um Unterfütterung des deutschen Auswärtigen Amtes in Stuttgart.

Abg. Paase (L. Soz.) führt Beschwerde, daß die „Leipziger Volkszeitung“ seit vier Wochen bereits unter Vorzensur stehe. Das stellvertretende Generalkommando des 19. Armeekorps richtet sich in keiner Weise nach den Beschlüssen des Reichstages und den Befehlen, die die Regierung dem Reichstag gemacht hat.

Staatssekretär des Reichsamts des Innern Wolpert: Dem Abg. Paase bemerke ich, daß ein auch hier im Hause bekannter Sozialdemokrat in einer Erklärung geäußert hat: Wenn unsere französischen Genossen Ausfahrungen machen würden, wie wir sie gehört haben, könnten sie überhaupt nicht mehr aus dem Gefängnis heraus. (Zuruf u. d. L. Soz.: Wer hat das gesagt?)

Der Etat wird bewilligt, Beim

Etat des Reichswirtschaftsamts

führt Abg. Bell (Z.) aus, die Generalkommandos möchten sich nicht mit der Regelung von Preissteigerungen beschäftigen, beratende Dinge müßten ihrer Zuständigkeit entzogen werden. Bei den Verordnungen über Kleiderabnahme müsse man sich vor jeder Schablonisierung hüten. — Der Redner begründet dann eine Resolution, die verlangt, die Durchführung der Beschlagnahme der Sparmetalle auszuführen, bis die Sparmetalle, besonders für Klinken und Fenstergriffe, aus allen öffentlichen Gebäuden abgeliefert sind und bis für Ertrag und spätere kostenfreie Wiederherstellung des jetzigen Zustandes gesorgt ist.

Abg. Nießer (nat.) bittet, den deutschen Nordseebüdern zu helfen. In der Uebergangswirtschaft muß dem freien Handel wieder mehr Spielraum eingeräumt werden. Redner kritisiert das Uebermaß von Verordnungen.

Ein Regierungsvertreter sucht die vom Abg. Nießer angegriffene Verordnung über die Regelung der Textilindustrie zu rechtfertigen.

Abg. Arendt (D. P.): Die gesamte Bevölkerung, die industrielle sowohl wie die landwirtschaftliche, müncht im Frieden sobald als möglich aus der Zwangsorganisation herauszukommen. Des weiteren tritt der Redner für einen Schutz der Hausbesitzer gegen Verfügungen des Generalkommandos ein.

Oberst Raeth sagt zu, daß die öffentlichen Gebäude im Sinne des Antrags Arendt-Bell zu der Lieferung der Sparmetalle herangezogen werden sollen. Den Hausbesitzern soll durch die Beschlagnahme der Tür- und Fensterklinken kein Schaden entstehen.

Abg. Dr. Jund (nat.): Die Verordnung über die Textilindustrie fällt nicht unter das Ermächtigungsgesetz vom 4. August 1914. Die Regierung hätte sich wegen dieser Frage mit dem Reichstag zu vernehmen sehen müssen.

Abg. Dove (Sp.) und Kossle (Soz.) schließen sich dieser Auffassung an.

Die weiteren Verhandlungen ziehen sich bis in die späten Abendstunden hin. Fortsetzung der Debatte am Freitag, 2 Uhr.

Der Kühlmann-Prozeß vertagt.

Ausschluß der Öffentlichkeit.

In dem Prozeß wegen Verleumdung des Staatssekretärs Dr. v. Kühlmann begann am Donnerstag die Verhandlung vor der 7. Strafkammer des Landgerichts I unter Vorsitz des Landgerichtspräsidenten Geh. Justizrats Westermann in dem räumlich sehr beschränkten Sitzungszimmer dieser Strafkammer.

Die gegen den Redakteur der „Deutschen Zeitung“, Dr. phil. Max Lohmann und den Redakteur der „Alldeutschen Blätter“, Dr. phil. Jul. Duménil erhobene Anklage lautet auf Verleumdung des Staatssekretärs des Auswärtigen Amtes, Wirkl. Geh. Rat Dr. v. Kühlmann im Sinne des § 188 des Strafgesetzbuches (Behauptung unerbittlicher ehrenrühriger Tatsachen). Der Strafantrag ist vom Stellvertreter des Reichskanzlers gestellt.

Der Anklage liegt folgender Tatbestand zugrunde: In einer am 14. April d. J. stattgehabten Versammlung des Alldeutschen Verbandes stellte der Vorsitzende des Verbandes, Justizrat Glah, in einer Ansprache die Behauptung auf, daß wir in den wichtigsten Kernern Persönlichkeiten hätten, die in sittlicher Eignung und nach ihrem Verantwortlichkeitsgefühl den Ansprüchen nicht genügten, die an Führer und Führung gestellt werden müßten. Zwei Tage darauf veröffentlichte das „Berliner Tageblatt“ einen Artikel „Alldeutsche Sittenrichter“ und forderte darin Herrn Glah auf, die Persönlichkeiten, die er im Auge habe, deutlicher zu bezeichnen. Als Antwort brachte die „Deutsche Zeitung“ am 23. April einen gleichfalls „Alldeutsche Sittenrichter“ überschriebenen Artikel, in welchem Dr. v. Kühlmann als einer der Personen genannt wurde, die unter den Führern gemeint seien. Diesem wurden in dem Artikel schwere Vorwürfe gemacht und unter anderem gesagt:

Gegen ihn liegen ernste und belächelnde Anklagen wegen eines die Würde des Deutschen Reiches unter besonders erschwerenden Umständen herabsetzenden Verhaltens vor. Abgeordnete der Parteien, welche ein lauberes öffentliches Leben als die Grundlage völkischen Gedeihens ansehen, hätten Veranlassung, die Voraussetzungen des Herrn v. Kühlmann entsprechend aufzuklären. Herr v. Kühlmann kommt nicht als politischer Gegner, sondern als Persönlichkeit in Betracht, die die erste Pflicht verlegt hat, die einen Vertreter des Vaterlandes zukommt: die Ehre des deutschen Namens zu wahren, deutscher gesprochen: den deutschen Namen im feindlichen Ausland durch sein Verhalten nicht zu entehren.

Gleichzeitig veröffentlichten die „Alldeutschen Blätter“ einen Artikel „Zur Reinigung unseres öffentlichen Lebens“. Darin wurde ebenfalls v. Kühlmanns Auftreten in Bukarest behandelt, das nicht nur die deutsche Sache geschädigt, sondern auch die Würde des Deutschen Reiches verlegt habe. Es hieß dann weiter: Man sollte denken, daß bei seiner offenbar sehr starken Reizung, sich auszuleben, dem Staatssekretär ein Dasein fern von den öffentlichen Geschäften erwünscht sein müßte, als ein von Freund und Feind beobachtetes Leben im Reichsdienst. Es muß den maßgebenden Stellen vorgeschlagen werden, was es heißt, in einem wichtigen Reichsdienst eine so unzulässige Persönlichkeit halten zu wollen“ usw. An einer anderen Stelle wurde gesagt: Unser öffentliches Leben muß von Persönlichkeiten befreit werden, die in hohen Ämtern eine Rolle spielen dürfen, die infolge ihrer Unwürdigkeit unseres Volkes unwürdig ist. Was von Konstantinopel bis Stockholm, von Petersburg bis London die Spoken von den Dächern pfeifen, ist auch in der Berliner Wilhelmstraße gehört worden. Diese Kunde bezieht sich auf Herrn v. Kühlmanns Auftreten in Bukarest.“

Der kleine Saal 413 erweist sich schon vor Beginn der Verhandlung als völlig unzureichend. Die Verhandlung beginnt mit dem Aufruf der Zeugen. Beim Aufruf melden sich als anwesend: Justizrat Glah-Mainz, Generaldirektor Rudolf Kollensberg, Direktor der Deutschen Bank v. Strauß, Kommerzienrat Dr. Friedrich-Bosdam, Direktor Dr. Georg Solmisse-Wien, Major v. Sekler, Wirkl. Geh. Rat und Direktor im Auswärtigen Amt Arias, General v. Rosenheim, Major Graf v. Prachma, R. d. R., Staatssekretär Erz. v. Kühlmann, Rat. habet. Kammerer Legationssekretär der bayer. Gesandtschaft beim päpstlichen Stuhl Freiberger v. Gebiattel, Maj. i. d. R., Leutnant Herbert Ashelm, Kaiserlicher Legationsrat Dr. v. Hoersch, Chauffeur Gleitscher Knoll, Chauffeur Walter Rademacher, Motorist Paul Wiese, Vizelanzier Erz. v. Bayer, Kammerer Horstmann.

Der Vorsitzende ergänzt den Eröffnungsbeschluss dahin, daß auch § 185 des Strafgesetzbuches Anwendung finden könnte.

Ein Vergleichsversuch.

Landgerichtsdirektor Dr. Westermann: Heber ich auf die Sache näher ein, halte ich mich für verpflichtet, folgende Frage zu stellen: Besteht vielleicht die Möglichkeit, die ganze Sache durch eine Erklärung aus der Welt zu schaffen? Sie werden sich aus den Akten überzeugen haben, ob die Tatsachen erweislich wahr sind oder nicht. Ich weiß nicht, wie Erzellen Kühlmann zu dieser Frage sich stellt, ich handle in feinerer Luft, aber ich betone, daß ich seit 4 Jahren den Vorfall in einer Strafkammer führte, vor der viel Verleumdungsprozesse verhandelt werden und betrachte es immer als meine Pflicht, eine beratende Anregung zu geben.

Angeklagter Dr. Lohmann: Das liegt wirklich nicht daran, vor dem feindlichen Ausland, wie es in einer Zeitung des „Alldeutschen Verbandes“ zu wahren oder Betrügergeheimnisse anzudeuten, das liegt wirklich nicht im Interesse des Vaterlandes. Ich würde sehr gern die Hand dazu reichen, die Sache aus der Welt zu schaffen. Der politische Effekt dieser ganzen Angriffe gegen Erzellen von Kühl-

mann, geht doch aber dahin, Herrn von Kühlmann als Schlichter zu bezeichnen. Wenn ich die Gewähr hätte, daß Herr von Kühlmann morgen oder übermorgen seinen Abschied einreichen würde, dann würde ich gern eine Erklärung abgeben, den Privatmann von Kühlmann nämlich habe ich als solchen nicht beleidigen wollen.

Der zweite Angeklagte Duménil schließt sich diesen Ausführungen an.

Vorsitzender: Dann erübrigt es sich ja wohl, Herrn von Kühlmann über seine Meinung zu hören.

Dr. Lohmann: Ich bedauere es, aber in dem bayerländischen Interesse, welches ich vertrete, kann ich nicht anderes sagen. Wir hat jedenfalls jede Absicht der Beleidigung des Privatmannes von Kühlmann ferngehalten.

Ausschluß der Öffentlichkeit.

Erster Staatsanwalt Kossle: Ich beantrage für die ganze Dauer der Verhandlung die Öffentlichkeit auszuschließen und bitte auch von der Bestimmung der Strafprozessordnung Gebrauch zu machen, nach welcher auch die Begründung dieses Antrages in nichtöffentlicher Sitzung erfolgen kann.

Rechtsanwalt Dr. Schwindt widerspricht diesem Antrag mit aller Entschiedenheit. Es liegt doch gerade im Interesse des Staatssekretärs und auch der Angeklagten, die Sache in vollster Öffentlichkeit zu klären. — Rechtsanwalt Jacobson schließt sich diesem Antrage an.

Nach längerer Begründung des Antrages durch den Ersten Staatsanwalt Kossle und Gegenansführungen der Rechtsanwälte Dr. Schwindt und Jacobson in nichtöffentlicher Sitzung verhandelt der Vorsitzende den Beschluß des Gerichts dahin: Die Öffentlichkeit wird während der ganzen Dauer der Verhandlung ausgeschlossen, da eine öffentliche Verhandlung eine Verführung der Staatssekretäre befürchten läßt.

Drei Beauftragten des Reichskanzlers wird die Anwesenheit gestattet. Der Antrag, einen amtlichen Stenographen zuzulassen, wird abgelehnt, ebenso der Antrag der Angeklagten, ihren Stenographen die Anwesenheit zu gestatten.

Vertagt!

Nach längerer Beratung verhandelt Landgerichtsdirektor Westermann folgenden Beschluß des Gerichts: 1. Die Sache wird vertagt, 2. es sollen zu der neuen Verhandlung außer den bis jetzt geladenen Zeugen noch die in dem Schriftsatz der Verteidigung vom 8. Juli genannten Zeugen, abgesehen von zwei Herren, geladen werden. Ferner soll Erzellen Peter Carl in Bukarest dort kommissarisch vernommen werden.

Der Ausschluß der Öffentlichkeit in diesem Prozeß ist eine Unbegreiflichkeit. Der Hinweis auf die „Gefährdung der Staatssicherheit“ erscheint völlig verfehlt. Denn selbst wenn Lohann seine Verteidigung in der Weise zu führen beabsichtigt, wie es die Ladung der drei Chauffeur-Zeugen andeutet, zu denen sich nun vielleicht noch die Frau gesellen wird, die morgens die Betten des Herrn Kühlmann gemacht hat, — selbst dann können wir in dem zu erwartenden Fortgang des Prozesses höchstens eine Gefährdung des letzten politischen Rufes der Angeklagten, aber nicht der deutschen Staatssicherheit ansehen. Das Deutsche Reich, das vier Jahre Weltkrieg überdauert, wird es auch ertragen, wenn Herr Lohann aus Bettlatschengewinnissen politische Staatsaktionen macht. Im übrigen wird durch den Ausschluß der Öffentlichkeit dem Kläger der denkbar schlechteste Dienst erwiesen, denn das Publikum, dem der Ausschluß der Öffentlichkeit von anderen Prozessen her als Folge der Gefährdung der Sittlichkeit in Erinnerung ist, wird leicht dem Glauben verfallen, daß etwas Ähnliches auch hier vorliege und daß man über irgendwelche nicht zu beschreibenden Vorgänge einen Schleier habe breiten wollen: Aus einem alldeutschen Hinterreppentratich entstanden, wird dieser Prozeß nicht dem Trausch ein Ende machen, sondern der Ausschluß der Öffentlichkeit wird dem Trausch neue Nahrung geben.

Die kurze Verhandlung, die dem Ausschluß der Öffentlichkeit voranging, hat auf die Angeklagten immerhin ein interessantes Licht geworfen. Dem Privatmann von Kühlmann will Herr Lohann jede Ehrenerklärung geben. Aber erst soll der Staatssekretär von seinem Posten zurücktreten, solange er das nicht tut, wird Herr Lohann weiter den Vorwurf unfittlichen Lebenswandels gegen ihn schleudern. Der alldeutschen Kampfmethode hat Herr Lohann damit selber das Urteil gesprochen. „Danke ab, oder ich greife dein Privatleben an!“ Mit dieser Drohung wird dem unbehaglichen Staatsmann der Revolver auf die Brust gesetzt, wir müssen schon das Bild vom Revolver im Zusammenhang mit dieser Art Journalistik brauchen. Es ist dies die Kampfesweise, zu der notwendig eine Partei gelangen muß, die den Sturz von Ministern nicht durch den Volkswillen herbeiführen will, sondern auf dem Wege einer geheimen Kabinettpolitik, durch unkontrollierbare Einflüsse auf die Verion dessen, der das Recht hat, Minister kommen und gehen zu lassen. Der Kampf um eine Verion wird zum persönlichen Kampf und der persönliche Kampf führt dazu, die Rückschlender dem sachlichen Argument vorzuziehen.

Hilfsdienstausschuß.

Im Anschluß an den vom Abg. Stücken über seine Reise nach dem lothringischen Sperrgebiet erstatteten Bericht sollte Oberst v. Braun die Maßnahmen mit, die zur Behebung der Mißstände getroffen worden sind.

Das Reichsmarineministerium teilt mit, daß eine Verfügung ergangen ist, die den Betrieben der Marineverwaltung verbietet, Abmachungen der Privatunternehmer beizutreten, durch welche Angeestellte und Arbeiter in ihrer Freizügigkeit beschränkt werden.

Abg. Gieseler berichtet dann über eine Eingabe des Bundes der technisch-industriellen Beamten. 19 der größten Kriegsbetriebe in Berlin haben ein Abkommen getroffen, wonach sie, falls sie einen aus ihren Betrieben kommenden Beamten einstellen, eine bestimmte Summe in die Kasse des Arbeitsgeberverbandes bezahlen müssen. Ausgenommen sind nur Angestellte, denen gesündigt wurde, oder die vom Schlichtungsausschuß des Arbeitgebers erhalten haben. Damit unterbindet man die Freizügigkeit und hindert die Angestellten, durch einen Stellenwechsel ihre Lage zu verbessern. — Geheimrat Eschardt teilt dazu mit, daß das Abkommen strafrechtlich nicht zu beanstanden ist, höchstens sei der Weg der Zivilklage möglich. — General Schuch erklärt, daß die Generalkommandos angewiesen wurden, darauf hinzuwirken, daß solche Abmachungen freiwillig aufgehoben werden, andernfalls sind sie, wenn eine Beurlaubung zu befürchten ist, auf Grund des Besetzungsgesetzes zu verbieten. Nach kurzer Aussprache erklärte sich der Ausschluß mit der Stellungnahme des Reichsamtes einverstanden.

Für die Werften in besetzten Gebieten hat die Marineverwaltung zwar Angestelltenauschüsse errichtet, hat sich aber das Recht jederzeitiger Auflösung vorbehalten, weil die gegenwärtigen Vorarbeiten des Hilfsdienstausschusses außerhalb des Reiches keine Geltung hätten; aus dem gleichen Grunde ist der in Charlottenburg errichtete Hilfsdienstausschuß nicht als Hilfsdienstausschuß eingestuft worden. Eine Petition des Verbandes der Bureauangestellten greift diese Maßnahmen an. Die Auffassung des Reichsamts, daß außerhalb Deutschlands die Gewerbeordnung nicht gelte und

Kommi § 11 des Hilfsdienstgesetzes nicht anzuwenden sei, wurde vom Abg. Wiebel namentlich mit Hinweis auf § 15 a. o. C. bekämpft, der keine räumliche Grenze ziehe. Der Ausschuß trat dieser Ansicht bei und überwies die Petition zur Berücksichtigung.

Mit einer weiteren Petition wendet sich der Verband der Bureauangestellten gegen die Behandlung der Lohnfragen für die in den Handelbetrieben beschäftigten Betriebsführer und Sachbearbeiter; die Wanda lege unzulängliche Gehälter und Löhne fest, einseide dann aber keine verhandlungsberechtigten Vertreter zu den Verhandlungen vor der Schlichtungsstelle, habe auch weitere Verhandlungen mit der Organisation als nicht zulässig erklärt. — General v. Gumpert erklärte, daß die Wanda auch ferner mit dem Verband der Bureauangestellten verhandeln werde und inswischen sei eine Festsetzung der Löhne zugunsten der Vertriebsstellen erfolgt. Die Petition wurde, soweit sie dadurch nicht erledigt war, ebenfalls zur Berücksichtigung überwiesen.

Von Wichtigkeit ist ein Erlaß, wonach Arbeitgeber solchen Hilfsdienstpflichtigen, die ihnen überwiesen wurden, deren Einstellung aber abgelehnt wird, das Fahrlohn und bei einer Entfernung von mindestens 25 Kilometern 3 M. Entschädigung für den Reisezug vergüten müssen. Zielt sich innerhalb einer Woche heraus, daß der Hilfsdienstpflichtige die Arbeit nicht leisten kann, dann ist ihm die Rückreise zu bezahlen. Hilfsdienstpflichtige, die nach auswärtig geschickt werden, sind vorher ärztlich zu untersuchen, wenn sie nicht in den letzten drei Monaten von einem Militärarzt für fähig zum Hilfsdienst erklärt worden sind.

Die Besitzsteuer im Hauptausschuß.

Am Donnerstag nahm der Ausschuß zunächst die zweite Lesung des Entwurfs über eine außerordentliche Kriegsertragabgabe vor. Zwei dem Sinne noch gleichlautende Anträge von fortschrittlicher und nationalliberaler Seite wollen dem Steuerpflichtigen das Recht geben, an Stelle des Einkommens von 1917 das Durchschnittseinkommen aller drei Kriegsjahre zur Grundlage der Veranlagung zu machen. Nach längerer Debatte werden beide Anträge abgelehnt. Bei § 11 (Steuerpflicht der Offiziere usw.) erfuhr Abg. Keil die Regierung um Auskunft, wie es mit der Befreiung des Dienstaufwandes der Beamten bestellt sei. Graf Reeborn antwortet, daß auch hier der Dienstaufwand von der Steuer befreit sei. Es wird mitgeteilt, daß drei Viertel des Kriegseinkommens der Offiziere als Dienstaufwandsentschädigung geschätzt wurden. Der Ausschuß stimmt dem Voranschlag in der Hoffnung über, zu einer sozialdemokratischen Resolution erfuhr den Reichsminister, einen Gesetzentwurf vorzubereiten, der zur Abhebung der Reichsschuld eine allgemeine Abgabe vom Vermögen beschließt. Eine Resolution der Unabhängigen verlangt eine solche Vorlage noch in der jetzigen Tagung und verlangt eine Abgabe bis zu 10 Prozent. Abg. Ostheim empfiehlt die Zurückweisung dieser Resolutionen, auch jener der Sozialdemokraten auf Einführung einer Reichserbschaftsteuer für Kinder und Eleganten. Die Resolution über die Erbschaftsteuer wird gegen 9 Stimmen (Sozialdemokraten, Unabhängige und Fortschrittler) abgelehnt; abgelehnt wird dann auch gegen die sozialdemokratischen Stimmen die Resolution über die Vermögensabgabe.

Damit ist die zweite Lesung erledigt.

Die Schutzhafkommission

Bericht am 4. Juli unter Vorsitz des Abg. Scheidemann die Novelle zum Schutzhafengesetz vom 4. Dezember 1916. Es wurde beschlossen, die Generaldebatte mit Erörterung des § 1 zu verbinden. Abg. Waltheim (Fortsch.) begründete unter juristischen Deduktionen einen Änderungsantrag, der durch scharfe Fassung die willkürliche Handhabung und Auslegung des Gesetzes unzulässig machen soll. Abg. Wendel (Soz.) erregte seine Ausführungen im Plenum durch Erörterung der Fälle des Warrers Jean aus Dürkfel, der als Schutzhafkling auf dem Transport von Vogelweidmannschaften schuldig mitbekannt worden ist, des Vorführers der Lorraine Sportive, Samain, der im Mai 1917 wegen Täuschung beider Weine vom Militär entlassen und in Belgien (Womm.) mit polizeilicher Meldepflicht interniert wurde. Wendel nannte es eine Blamage für den Reichstag, daß er eine Rückkehr des aus seiner Heimat ausgewiesenen Abg. Leboucq immer noch nicht habe durchsehen können. In der Auffassung des Hauses Leboucq stimmten ihm die Abg. Hagen (Fortsch.) und Nieder (Fortsch.) bei, während Generalmajor v. Weisberg als Vertreter des Reichsministeriums sich im wesentlichen auf formalen bediente. Im übrigen wurde von allen Abgeordneten, von denen sich noch Versfeld (N. Soz.), v. Tenningsdorf (Fortsch.) und Landsberg (Soz.) an der Debatte beteiligten, bedauert, daß die Novelle in dem wesentlichen Punkt, der vollkommene Einschränkung der Willkür durch das Gesetz, so wenig dem Willen des Reichstags Rechnung trage, der in der Resolution vom 11. Oktober 1917 zum Ausdruck gebracht ist.

Da Abg. Versfeld (N. Soz.) das Schutzhafengesetz selbst als ein Ausnahmengesetz gegen die unabhängigen Sozialisten bezeichnet hatte, wies Abg. Landsberg (Soz.) treffend darauf hin, daß Versfelds Partei im Plenum für das Gesetz gestimmt und also ein Ausnahmengesetz gegen sich selber mit angenommen habe.

Nächste Sitzung: 3 Juli.

Angestellte und Arbeitskammern.

Die Arbeitskammerkommission des Reichstags erörterte in der Sitzung am 4. Juli die Einbeziehung der Angestellten in die Arbeitskammern. Abg. Wiffel begründete eingehend die Notwendigkeit der Einbeziehung. Der Anstellte sei auf Grund der Gestaltung der wirtschaftlichen Verhältnisse genau so abhängig wie der

Arbeiter. Man könne ihn nicht verdrängen auf ein zukünftiges Geschäft. Ein Regierungskommissar gab bekannt, daß ein Entwurf für eine Interessengruppierung der Angestellten fertiggestellt, aber der Verbänderten Regierung noch nicht vorgelegt sei. Nach langer Beratung wurde die Einbeziehung der Angestellten in das Arbeitskammergesetz abgelehnt. Bedinglich die Arbeitervertreter der Kommission stimmten zugunsten der Einbeziehung der Angestellten.

Gewerkschaftsbewegung

Die Frau in der Geschloßindustrie.

Frauenarbeit in der Korbinindustrie — so schreibt Paul Bräuer in der Frauenbeilage der „Holzwerkerzeitung“ — war in Friedenszeiten eine Seltenheit, nur in den ausgeprägten Heimarbeitserorten von Oberfranken und Thüringen konnte man solche, und dann meist nur beim Materialzurichten und den einfachsten Korbflechterarbeiten finden.

Deute hat sich die Situation vollständig verändert. Durch die ins Riesenschiefe angewachsene Geschloßkorbmacherei, bei der gegen 50 000 Personen tätig sind, werden mindestens 30 000 Frauen und Mädchen beschäftigt, und zwar mit direkten Korbflechterarbeiten. Durch die Einführung der spezialisierten Teilarbeit und die Anfertigung von hunderttausenden Körben einer einzigen Sorte ist es ermöglicht worden, Frauenhände für Korbarbeiten zu verwenden, wo sie früher maßgebende Fachleute für unmöglich hielten.

Da die Korbflechterei jeder maschinellen Hilfe entbehrt, also leblich Handarbeit ist, sind es sehr hohe Ansprüche, die an die „arisen Frauenhände“ gestellt werden, ehe sich diese an das oft recht harte und zudrige Material gewöhnen hatten, und oft genug haben mir die Mädchen, die früher keine Korbarbeiten oder dergleichen anfertigten, gesagt, daß sie des Nachts vor Schmerzen in den Fingern erwachen. Doch es half nichts; am andern Tage mußten dieselben fingerstarre ausgeführt werden, bis die Haut hart und unempfindlich geworden war.

Durch die jahrelange Arbeit in der Geschloßindustrie ist heute ein Stamm weiblicher Arbeitskräfte herangewachsen, der fastlos auch für die Friedenszeit der deutschen Korbinindustrie erhalten bleiben wird, um sie auch für die spätere Qualitätsarbeit in der Korbinindustrie einzurichten. Bei den in Friedenszeiten üblichen Korbmacherlöhnen war ja nie daran zu denken, weibliche Arbeitskräfte für untern Beruf heranzubilden, erst durch den Reichstaxi für Geschloßkorben, den der Deutsche Holzarbeiter-Verband mit den Korbinernehmern nach monatelangen Bemühungen zum Abschluß brachte, war diese Möglichkeit gegeben; denn die Korbiner hatten nach den ersten Wochen der Leichtigkeit die Gewerkschaften einen Wochenlohn zu erreichen, der den heutigen Teuerungverhältnissen Rechnung trägt. Die Verdienste der Korbinerinnen können sich wohl gegenüber den Löhnen der in anderen Kriegsindustrien tätigen Frauen sehen lassen.

Ich möchte den Frauen und Mädchen, die in der Geschloßkorbmacherei tätig sind, bei dieser Gelegenheit ins Gedächtnis rufen, daß wenn der Geschloßkorbinarbeitsmarkt nicht vorhanden wäre, sie sicherlich auch in unserer Industrie tätig wären, aber zu ganz bedeutend niedrigeren Löhnen, denn es gibt ja heute noch Unternehmer, die die tariflichen Abmachungen gerade den Frauen gegenüber umgehen und sich an deren Lohn bereichern. Vor allem in solchen Betrieben, wo unsere Kolleginnen und Kollegen noch nicht den Weg zu anderer Organisation gefunden haben, hat der Unternehmer leichtes Spiel, die Tariflöhne unter allerlei Einwendungen zu fügen. Unsere Kolleginnen mögen daraus die Lehre ziehen, daß der Nutzen des Geschloßkorbinarbeitsmarktes ihnen erst dann voll zuteil wird, wenn sie mit Hilfe ihres Verbandes jeden Versuch einer Tarifumgehung sofort abwehren können.

Erfolge der Gemeindefreier in Groß-Berlin.

Der Jahresbericht der Filiale Groß-Berlin des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter zeigt ein erfreuliches Fortschreiten der Organisation hinsichtlich der Mitgliederzahl. Am 1. April 1917 hatte die Filiale 4872 Mitglieder, am 1. April 1918 konnten 6035 Mitglieder verzeichnet werden. Das ist eine Zunahme von 1163. Von den 6035 Mitgliedern sind 4178 männliche, 1542 weibliche und 15 jugendliche. Der Reichstaxi in der Mitgliederzahl sowie die Beitragserhöhung kommt auch in den Löhnenverhältnissen zum Ausdruck. Von den Ausgaben hebt die Krankenversicherung mit 28 318 M. an erster Stelle. Dann folgt die Sterbefallunterstützung mit 16 922 M. Die Arbeitslosenunterstützung erforderte den Betrag von nur 241 M. Die gewerkschaftliche Tätigkeit richtete sich in erster Linie auf eine Verbesserung der Einkommensverhältnisse und hatte den Erfolg, daß die Teuerungszulagen erhöht wurden, wenn auch bei weitem nicht in dem Maße, wie die Preise der Lebensmittel und Bedarfsartikel gestiegen sind. Die höchsten Teuerungszulagen in den üblichen Betrieben Groß-Berlins erreichten bei den Männern 130 Prozent, bei den Frauen 180 Prozent der Friedenslöhne. Im Durchschnitt sind die Friedenslöhne um knapp 100 Prozent erhöht worden, doch hat ein sehr erheblicher Teil der städtischen Arbeiter eine Lohnverbesserung von 100 Prozent bei weitem nicht erreicht. Die verhältnismäßig hohe Steigerung der Frauenlöhne erklärt sich dadurch, daß diese vor dem Kriege sehr niedrig standen.

Soziales.

Die Rentenbewegung bei der Landesversicherungsanstalt Berlin.

Der Arsen, der eine Unsumme mentaler Gesundheit fordert, vermehrt die Zahl der Erwerbsunfähigen ungeheuer. Man sollte nicht meinen, daß auch die Zahl der Empfänger von Invaliden- und Krankenrenten eine entsprechende Zunahme erfährt. Aber weit gefehlt. Die Statistik zeigt, daß sogar während des Krieges die Zahl

dieser Rentempfänger eine Verminderung findet. Bei der Landesversicherungsanstalt Berlin wurden im Jahre 1906 zusammen 5286 Invalidenrenten festgesetzt. Unter dem Einfluß von allerlei „Beschränkungen“ über den Begriff der Invalidität verminderte sich die Zahl der festgesetzten derartigen Renten auf 4017 im Jahre 1907. Nach und nach stieg die Zahl der Festsetzungen wieder, namentlich auch wegen der Vermehrung der Versicherten. Im Jahre 1918 wurden 4128 und im Jahre 1914 wieder 4295 Invalidenrenten festgesetzt. Dann ging es aber, man denke mitten im Kriege, wieder rapid bergab. Das Jahr 1915 brachte nur 3242 Festsetzungen von Invalidenrenten, das Jahr 1916 eine kleine weitere Verminderung auf 3240, das Jahr 1917 eine geringe Zunahme auf 3365. Das Bild wird jedoch nur vollständig, wenn man gleichzeitig auch die Entziehungen von Invalidenrenten betrachtet. Die Zahl dieser betrug 5173 im Jahre 1917, war also um fast 1700 höher als die der Bewilligungen. So kam es, daß der Bestand an laufenden Invalidenrenten sich von 82 294 am 1. Januar 1917 auf 90 726 am 1. Januar 1918 verminderte.

Die Krankenrenten, die bei nur vorübergehender, aber länger wie 28 Wochen während der Erwerbsunfähigkeit gewährt werden, zeigen zum Teil eine ähnliche Bewegung. Die Festsetzungen solcher verminderten sich von 1209 im Jahre 1906 und 1250 im Jahre 1907 auf 878 im Jahre 1914 und 639 im Jahre 1915. Dann trat eine rapide Steigerung ein, und zwar auf 3038 im Jahre 1916 und 3403 im Jahre 1917. Das zeigt, daß man den Kriegsbeschädigten fast ausschließlich die geringwertigere Krankenrente gewährt hat. Fast soviel wie Krankenrenten gewährt wurden, kamen auch wieder in Wegfall, und zwar 2814 im Jahre 1917, so daß sich der Bestand an laufenden Krankenrenten im Jahre 1917 nur von 1750 auf 2339 erhöhte.

Die Altersrenten, deren Gewährung nicht von dem Nachweis einer bestimmten Erwerbsunfähigkeit abhängt, fanden eine geringe Zunahme von 303 im Jahre 1906 auf 374 im Jahre 1915. Sie entspricht etwa der Vermehrung der Versicherten. Infolge der Herabsetzung der Altersgrenze für die Rente vom 70. auf das 65. Lebensjahr und der daraus entspringenden Nachzahlungen solcher Renten trat eine Zunahme der Festsetzungen auf 5925 im Jahre 1916 ein. Das Jahr 1917 brachte wieder eine Abnahme auf 5522, der Bestand erhöhte sich von 1916 zu 1917 von 5565 auf 7357.

Die Witwenrenten fanden während des Krieges eine unvermeidliche Zunahme, und zwar von 262 im Jahre 1913 auf 555 im Jahre 1916 und 704 im Jahre 1917. Der Bestand erhöhte sich von 1411 auf 1930. Die gleiche Tendenz zeigten die Waisenrenten. Die Bewilligungen für „Waisenkassen“ erhöhten sich von 838 im Jahre 1913 auf 2799 im Jahre 1917. Die Zahl der laufenden Renten von 8055 Ende 1916 auf 10 435 Ende 1917. Witwengelder (einmalige Abfindungen an solche Witwen, die selbst auch Beiträge zur Invalidenversicherung geleistet haben) wurden 1405 im Jahre 1917 festgesetzt. Waisenaussteuer (einmalige Abfindungen an Waisen, die das 15. Lebensjahr überschritten, wenn die Witwe die Wartzeit für die Invalidenrente erfüllt und die Antwortschaft aufrechterhalten hat) wurden nur 81 gezahlt. Die geringe Zahl dieser Leistungen ist nur darauf zurückzuführen, daß sie noch nicht bekannt sind und daher nicht beansprucht werden, obgleich ein Anrecht darauf besteht. Am bedauerlichsten sind die Jugarenten entwidelt: es wurden ihrer nur drei (!) im Jahre 1917 festgesetzt. Ein Beweis, daß die ganze Einrichtung, die zur Beseitigung der Entziehung von Zusatzbeiträgen zu je einer Mark hat, eine ganz unglückliche ist.

Im allgemeinen zeigt die Rentenbewegung, daß die Landesversicherungsanstalt Berlin die unerlässlichen Mehrausgaben, die der Krieg brachte, durch „Sparjamkeit“ an Stellen, wo sie überhaupt nur möglich ist, wieder auszugleichen suchte. Jedenfalls eine recht eigenartige „Kriegswirtschaftsreform“.

Industrie und Handel.

Die Kriegswirkungen auf den Suez-Kanal-Verkehr.

Auch vor Wien und Unterseeboaten, sowie die allgemeinen Kriegsverhältnisse halten heutzutage viele Handelschiffe von der Benutzung des Suezkanals ab. Sie wählen lieber den sicheren Weg um das Kap der Guten Hoffnung, wenngleich damit mehr oder weniger große Zeitverluste verbunden sind. Der Rückgang des Suez-Kanal-Verkehrs spiegelt sich in folgendem Maßstab des Jahresberichts der Suez-Gesellschaft wieder: Die Wirkungen des Krieges haben sich hinsichtlich der Verkehrstätigkeit des Kanals im Jahre 1918 stärker geltend gemacht als in den vorhergehenden Jahren. Vor einem Jahre mußten wir auf die neuen und starken Herabdrückungen unseres Verkehrs verweisen, die durch den uneingeschränkten U-Boot-Krieg herbeigeführt worden waren. Eine Zeitlang haben wir gefürchtet, noch weniger günstige Resultate berichten zu müssen als diejenigen, die wir jetzt unterbreiten, aber immerhin beträgt der Rückgang noch fast 4 Millionen Tonnen. Da die Verkehrsleistungen in Netto-Tonnen ausgedrückt sind, weil nur noch die Kanalarbeiten berechnet werden, so sind dem Kanal im letzten Jahre 6,7 Millionen B.-M.-T. ferngeblieben. Rechnet man mit einer durchschnittlichen Größe von 4000 B.-M.-T. für ein Fahrzeug, so wären demnach im letzten Rechnungsjahr ungefähr 1700 Schiffe weniger durch den Kanal gefahren als im Vorjahre.

Die deutschen Börsenverbände zur Börsensteuer. Auf Antrag des Berliner Börsenverbandes hat die Handelskammer zu Berlin die Verbände sämtlicher deutschen Wertpapierbörsen zu einer Versammlung zwecks Stellungnahme zu den Beschlüssen des Hauptausschusses des Reichstags über die Reichsitempelabgabe (Börsensteuer) auf Sonnabend, den 6. Juli 1918, nachmittags 2 Uhr, eingeladen.

Rechtsanwalt für Politik: Erich Rittner, Berlin; für den übrigen Teil des Landes: Alfred Scholz, Neudamm; für Anzeigen: Theodor Glode, Berlin; Verlag: Hermann-Berlag G. m. b. H., Berlin, Trud. Vordr.-Bücherei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co. in Berlin, Lindenstraße 3. Hierzu 1 Beilage und Unterhaltungsblatt.

Leipzigerstrasse
Alexanderplatz
Frankfurter Allee

HERMANN

Leih-Bibliothek
Reise-Abonnement 6⁰⁰
6 Bände für 4 Wochen
Leipziger Str. / Alexanderplatz

In unserer Lebensmittel-Abteilung:

Schoten
Mohrrüben
Karotten
Kohlrabi
Mairüben

Neu aufgenommen:

Färben und Reinigen von Gegenständen aller Art	U m p r e s s e n von Damen-, Filz- und Velours-Hüten
Waschen und Plätten von Herren-Wäsche	U m a r b e i t u n g von Damen-Wäsche und Tricotagen

Neuanfertigung

Damen-, Kinder-, Herren-Kleidung | Tricotagen • Strumpfwaren
Damen-, Kinder-, Herren-Wäsche | Frauenkleidung • Pelzwaren
aus zugegebenen Materialien.

Zum Einwickeln

Einkochapparat	4 ⁵⁰
Einkochapparat mit Thermometer	12 ⁰⁰ 17 ⁰⁰
Thermometer	2 ²⁵ 3 ⁰⁰
Einkochgläser eng	1 ⁵⁵ bis 1 ⁷⁵
Einkochgläser weit	1 ⁵⁵ bis 2 ⁷⁵
Gummiringe eng	30 Pf.
Gummiringe weit	40 Pf.
Einmacheflasen	45 Pf. 3 ²⁰
Gemüsedämpfer	6 ²⁵ 12 ⁰⁰
Saftfilter	4 ²⁵
Obstbörser	3 ²⁵
Einkochkessel	22 ⁰⁰ 25 ⁰⁰
Kirschkernner	45 Pf.
Einmacheglasöffner	15, 38 Pf.